

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Röhren- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hölzerer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postfach. Berlin 65232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale. Geschäftsangelegenheiten nach Tarif durch „Berda“, Berlin SW 11.

Machtdünkel und Gewalt an die Stelle von Vernunft und Einsicht!

Die deutschen Bauunternehmer sind vielerorts wild geworden. Zu Kopfe gestiegen sind ihnen die Schiedsprüche der zentralen Schiedsstelle. Sie sind ihnen viel zu „mild“. Sie hatten sich von dieser zentralen Schiedsstelle mehr versprochen. Sie hofften auf einen viel stärkeren Lohnabbau, als in Wirklichkeit ausgesprochen wurde. Und nun können sie die Zeit nicht mehr abwarten. Sie sehen sich über zentrale Abmachungen glatt hinweg, sie pöhlen angesichts von 77% im Baugewerbe Arbeitslosen auf ihre wirtschaftliche Uebermacht. Sie fragen den Teufel nach einem geregelten Tarifrecht, mißachten den weiterhin vorgesehenen Gang der bezirksstariflichen Verhandlungen und suchen, vom Machtkoloss überwälzt, unsere Kollegen in die Knie zu zwingen.

Die zentrale Schiedsstelle hat sehr empfindliche Lohnabzüge ausgesprochen. Diese sind für die Arbeiterorganisationen unannehmbar. Trotzdem wollen draußen im Lande die Unternehmer noch weit darüber hinausgehen. Sie pfeifen auf die Anweisung ihrer Zentrale, wenigstens vom 1. April an die Löhne zunächst nach dem zentralen Schiedspruch zu bemessen und sie nach den bisherigen Lohnklassen entsprechend abzustufen. Am wildesten gebärden sich nach den bisherigen Nachrichten die Unternehmer in Westdeutschland, in Thüringen, in Württemberg, in der Provinz und im Freistaat Sachsen. In vielen Orten des Tarifgebietes Sachsen-Anhalt wurde den Kollegen die Entlassung angedroht, falls sie nicht einen Revers unterschreiben, der 15% Lohnabbau (den Schiedspruch des Bezirksstarifamts) vorschreibt. Es kam zu vielen Entlassungen. Noch anmaßender gebärden sich die Unternehmer in Thüringen. In streng vertraulichen Rundschreiben wird den Unternehmern durch ihre Bezirksleitung anbefohlen, unsere Kollegen zur Unterschrift eines Reverses zu verpflichten, der in der Spitze 1,06 M Stundenlohn vorsieht gegenüber 1,13 M, die die zentrale Schiedsstelle ausgesprochen hat. Zugleich werden auch eigenmächtig, ohne irgendwelche Vorverhandlungen, lohnverschlechternde Verschiebungen in der Ortsklasseneinteilung vorgeschrieben. Die Lehrlingslohnvorschriften werden annulliert. Die bereits genannte Empfehlung ihrer Zentrale schieben die Unternehmer verächtlich beiseite. So soll das Lohnabzugsdiktat bis auf 24 S je Stunde herabgehen. Unsere Kollegen fügen sich diesen Machtansprüchen selbstverständlich nicht. Sie wurden deshalb in allen namhaften Orten Thüringens ausgesperrt.

Ähnlich liegt es in der Metropole der westlichen Schwerindustrie. Für den Westfälischen Bezirk hat der Rheinisch-Westfälische Baugewerbeverband Anweisung gegeben, den Spruch der zentralen Schiedsstelle abzulehnen, obwohl er in der Spitze 1 S mehr Abzug brachte als der Spruch des Bezirksstarifamtes. Auch hier wird auf die Anweisung der Zentrale gepfiffen. In Hamm wurde erklärt, was ihre Zentrale empfehle, gebe die Unternehmer gar nichts an, sie legten ihre Löhne örtlich fest und ließen sich dabei von niemandem hineinreden. Der Ecklohn dürfe nur 1,05 M betragen. Selbstverständlich ist es auch hier an vielen Orten zur Arbeitsniederlegung gekommen.

Im Freistaat Sachsen sehen wir ein ähnliches Bild. Immerhin möchte man hier gnädigst den sächsischen Schiedspruch gelten lassen, der in der Spitze 6 S Lohnabzug mehr vorsieht als der der zentralen Schiedsstelle. Aber auch hier setzt man sich über die Empfehlung der Unternehmerzentrale hinweg. In vielen Orten ist es zur Arbeitsniederlegung gekommen.

In Groß-Berlin haben die Unternehmer der Empfehlung ihrer Zentrale zugestimmt. Ob die einzelnen Firmen diese Empfehlung befolgen, wissen wir nicht. Jedenfalls ist an einer Anzahl Baustellen der Kampf ausgebrochen. Erwähnt sei auch Saar-

brücken, wo etwa 200 unserer Kollegen im Kampfe stehen, weil die Unternehmer entgegen einem Schiedspruch, der auf 5 1/2% Lohnabzug lautete, auf 8% Lohnabzug bestehen. Auch in Stuttgart, wo die Unternehmer mit rigorosen Ansprüchen auftreten, ist es zum Abwehrkampf gekommen. Für Nordwestdeutschland haben Ribau und Tiefbau erklärt, sich der zentralen Anweisung fügen zu wollen. Sie verlangen jedoch von den Arbeiterorganisationen die schriftliche Anerkennung des Schiedspruches. Diesen Anspruch will der Hochbau nicht erheben, jedoch das Arbeitsverhältnis kündigen. Jedenfalls ist auch hier noch nicht die Lage zu überschauen, wie in den bisher an dieser Stelle nicht genannten Teilen Deutschlands.

Wir müssen der Oertage wegen leider früher als sonst den „Grundstein“ abschließen. Jedenfalls ist zu erwarten, daß sich die Differenzen nicht allein beschränken werden auf die hier erwähnten Bezirke und Ortschaften. Unser Baugewerksbund und die übrigen baugewerblichen Arbeiterorganisationen stehen im Abwehrkampf. Für unsere Kollegen gilt es jetzt, unter allen Umständen Disziplin zu halten. Die Gegner nützen ihre wirtschaftliche Macht brutal und rücksichtslos aus. Sie glauben, nie wieder einen so günstigen Zeitpunkt wie heute zur Niederzwingung der Bauarbeiter zu erleben. Deshalb stoßen sie mit aller Macht vor. Und es sei ausdrücklich betont: In diesem Kampf geht es nicht allein um die Löhne der Bauarbeiter, es handelt sich für die baugewerblichen Arbeiterorganisationen auch noch um das Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baugewerbe.

„Roter Bauarbeiterverband“ gegründet!

So verkündet die „Rote Fahne“ in stolzen Lettern die Gründung dieser neuen Zersplitterungsorganisation im deutschen Baugewerbe. In Berlin geschah diese Gründung am 29. März; in anderen Bezirken wird man sich ähnlich geistig haben. Jedenfalls verkündet die „Rote Fahne“, daß nunmehr im Saalbau Friedrichshain die „revolutionären“ Bauarbeiter ihre „rote“ Kampforganisation, den „Einheitsverband für das Baugewerbe“, für den Bezirk Berlin-Brandenburg-Orenzmark geschaffen haben.

Damit wäre der neue „Einheitsverband“ da. Merkwürdig, daß sich heutzutage alle Zersplitterungsorganisationen im Gewerkschaftsleben „Einheitsorganisation“ nennen. Ob Kaiserverband, ob RGO, ob Akkordmaurerverein oder sonst etwas: Alle nennen sich für sich „Einheitsorganisation“. Mit dieser Phrase will man den, die nicht alle werden, Sand in die Augen streuen. Das übrige besorgen die üblichen „revolutionären“ Schlagworte.

Schlagworte und nichts als Schlagworte hörte man — wenn man dem Bericht der „Roten Fahne“ folgt — auch nur in jener „Gründungsversammlung“. Vor allem wird wiederholt versichert, daß alles „begeistert“ war. Diese Art „Begeisterung“ ist in solchen Fällen ein Beweismittel bei der Begehung größter politischer und gewerkschaftlicher Dummheiten. Vor allem liefert für so etwas Berlin einen besonders fruchtbaren Boden.

Natürlich wurde auf dieser Gründung auch eine Satzung beschlossen. Darin sind Ziele und Zwecke, Rechte und Pflichten der Mitglieder dieses neuen „Einheitsverbandes“ für das Baugewerbe niedergelegt. Es heißt darin, daß dieser „Einheitsverband“ der RGO, der deutschen Sektion der roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen ist und auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehe. Er sucht sein Ziel zu erstreben durch Hebung der Lebenshaltung aller Bauarbeiter und Sicherung eines möglichst hohen Anteils am Ertrage ihrer Arbeit. Das hört sich ziemlich „reformistisch“ an, wird aber gleich wieder ausgebeißert durch die Versicherung, daß die Mitglieder geschult und aufgeklärt werden sollen im Sinne des „revolutionären Klassenkampfes“. Jedoch gleich hinterher wird dieser „Einheitsverband“ wieder „reformistisch“. Er versichert, kämpfen zu wollen für die Verbesserung der sozialen Unterstufungseinrichtungen von Reich, Staat und Kommunen, ja, er will sogar Tarife abschließen. Mitglied dieses Gebildes kann nach der Satzung jeder werden, sogar Frauen. Jedenfalls glauben sich die Entreure dieser Zersplitterungsorganisation nach Rußland verschifft, wo bekanntlich im Baugewerbe Frauenarbeit zugelassen ist und stark betrieben wird. Aber denkt euch: Jeder kann auch

es handelt sich um die energische Abwehr des brutalen Unternehmergrundgesetzes, der Arbeiter habe sich den Anordnungen des Unternehmers widerspruchslos zu fügen. Am Rande versteht sich, daß die Mannen der RGO, die weder etwas um sich noch in sich, noch etwas zu verlieren oder zu riskieren hat, bei diesem Kampfe das Maul am weitesten aufreißen und alles durcheinander zu bringen versuchen. Bei ihnen handelt es sich ja nicht um das künftige wirtschaftliche und soziale Geschick der deutschen Bauarbeiter, sondern nur um das sinnlose Weitertreiben ihrer verfliegenen phantastisch-politischen Ziele.

Wir erwarten, daß sich unsere Mitglieder in diesem Kampfe durch keinerlei fremde Einflüsse irritieren lassen. Haltet Disziplin! Vermeidet und verhindert Streikbruch! Dann, aber auch nur dann werden wir diesen Kampf in Ehren bestehen und in befriedigender Weise zu Ende führen können!

Bei Zeitungsschluß am 4. April stehen etwa 5000 unserer Mitglieder im Abwehrkampf. Nach den bisher beim Bundesvorstand eingegangenen Berichten haben sich unsere Bezirkskonferenzen am 3. April mit Mehrheit für die Annahme des Reichstarifvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten erklärt. Der außerordentliche Verbandstag der Zimmerer am 3. April hat dem neuen Reichstarifvertrag ebenfalls mit Mehrheit zugestimmt. Die Entscheidungen der zentralen Schiedsstelle über die Bezirkslöhne sind in fast sämtlichen Bezirkskonferenzen unseres Bundes abgelehnt worden. Die Zimmerer haben die Lohnschiedsprüche in allen Bezirken abgelehnt.

Mitglied werden, unbeschadet seiner politischen oder religiösen Anschauung! Wiederum sehr bedenklich reformistisch! Besonders interessant ist auch die Zusammensetzung des Vorstandes dieses „Einheitsverbandes“. Es heißt in der Satzung, daß auf je 300 Mitglieder ein Vorstandsmitglied entfällt. Da, wie versichert wird, dieser „Einheitsverband“ das „Sammelbecken der revolutionären Bauarbeiterschaft“ werden soll, ist leicht auszu denken, daß es diese Organisation als „Einheitsorganisation“ sehr bald auf eine Million Mitglieder bringen wird; dann hätte sie rund und neft 3333 Vorstandsmitglieder. Mit einem solchen Vorstand läßt sich wahrhaftig die Welt erobern! Aber man nennt dies im Volkswissenschaftsjargon „Anwendung der breitesten politischen Demokratie“.

Damit wäre nun dieses „revolutionäre Sammelbecken“ eines Sammelsturms unklarer, unzufriedener Menschen unter Führung bezahlter Wirkköpfe ins Leben gerufen. Eine neue Filiale für Moskau ist eröffnet, und zwar auf Kosten der weiteren Zersplitterung der Bauarbeiterschaft zum Gaudium des Unternehmertums. Zulauf wird dieser „Einheitsverband“ erhalten durch unklare Köpfe und vor allem aus den Kreisen der „revolutionären“ Unorganisierten, der bisherigen Beitragsdrückeberger. Dieser „Einheitsverband“ macht als „Lodseind“ des Unternehmertums „Revolution“ mit einem Großen Wochenbeitrag im Minimum und mit drei Groschen Wochenbeitrag im Maximum. Soviel dürfte man ja noch übrig haben. Und dann kann man sich stramm organisiert nennen und obendrein „revolutionär“.

Dieser „Einheitsverband“ fängt an jener Stelle an, wo unsere Gewerkschaften vor etwa 35 Jahren aufgehört haben. So etwas tut den Unternehmern niemals weh. Sie lachen über solche „revolutionären“ Mäggchen und schämen sie nur ein als eine willkommene Störung zielbewusster Gewerkschaftsarbeit. Auch wir könnten uns dieser Aufstellung ohne Zögern anschließen, wenn der Fall nicht bitter ernst läge und als geradezu verbrecherisch eingeschätzt werden müßte. Aber es ist ja die Aufgabe der RGO, überall und ausgerechnet in Zeiten höchster Gefahr den Gewerkschaften in den Rücken zu fallen. Das Schicksal der Bauarbeiter ist in diesem Falle, wie in allen bisherigen ähnlichen Fällen in anderen Gewerben, der RGO völlig Nebenache, die Hauptsache ist revolutionärer Klamauk zur höheren Ehre und auf Befehl Moskaus. Und dazu langt es noch eben!

Die „Rote Fahne“, die Schutzpatronin der RGO, faselte am 3. April von 30 000 ausgesperrten Bauarbeitern in Berlin, von 100 000 im Lande, von 15 000 im Saargebiet. Ein Zeichen dafür, wie „wahrheitsgetreu“ dieses Blatt seine Leser „unterrichtet“.

Nicht Armenbekämpfung, sondern Krisenbekämpfung!

Auch nach der Meinung von Forschern der Wirtschaftslage ist eine solche Krise wie gegenwärtig in den letzten 50 Jahren noch nicht dagewesen. Der bekannte frühere Staatssekretär Prof. Dr. Julius Hirsch läßt zur Zeit im Verlag S. Fischer, Berlin, eine Broschüre „Die Wirtschaftskrise“ erscheinen, die sehr beachtlich ist. In der ihm eigenen meisterhaften Art zeichnet Hirsch die Ursachen und Tatsachen der Wirtschaftskrise auf. Als Ursache wird festgestellt: „Nof bei Ueberfluß, schwerer Mangel aus Ueberfluß, das ist der Tatbestand der größten Wirtschaftskrise seit einem halben Jahrhundert.“ Die Ursache sieht Hirsch weniger in der Verknappung des Geldes und in der ungünstigen Verteilung des gesamten Goldvorrats der Welt, sondern in der Leistungssteigerung von der Warenseite her. Schöpfungen neuer Massen an Verbrauchs- und Gebrauchsgütern, entstehend aus höherer Beherrschung von Technik und Naturkraft, müßten ein Segen für alle Menschen sein, sind aber zum Fluch geworden. Das liegt an der Falschlenkung jenes großen Zeigers, der in der freien Wirtschaft rechtzeitig die Kräfte verteilt, sie einsetzt und wieder abzieht: des Preises. „Die gesehene Leistungssteigerung in landwirtschaftlichen und bergbaulichen Gebieten, verbunden mit einem überall zu langsamen Funktionieren des Preises, teilweise aber mit einer bewußten Falschlenkung des Zeigers — das Zusammenreffen dieser beiden Momente hat in erster Linie die Wirtschaftskrise erzeugt, unter der heute der weitaus größte Teil der Menschheit bitterlich leidet.“ Valorisation und Vorratsfäulnis haben die Falschlenkung der Preise sehr wesentlich begünstigt. Auf immer zahlreicheren Gebieten wurde die freie Preisbildung bei den Rohstoffen und Halbwaren gehemmt und beseitigt. Auf diese Weise ergab sich, daß die Verbraucher über die sonst normale Preisentwicklung eine Welt-Rohstoffsteuer zu tragen hatten, die auf 3000 Millionen Mark jährlich geschätzt wird. Trotzdem war der Erdrutsch der Preise nicht aufzuhalten. Und im Zusammenhang damit setzte die weittragende Neugruppierung der Wirtschaft und ihrer Menschen ein. Die weittragendste Ursache aus dieser Entwicklung ist die Erhöhung des Goldwertes. Die Kaufkraft des Dollars wuchs auf das Eineinhalbfache, nicht selten auf das Doppelte wie 1928. Damit schrumpfte Kraft und Reizung der bisher kapitalgebenden Länder zum Kapitalexport ein.

Die besonderen Wirkungen für Deutschland aus dem Sturz der Rohstoffpreise sind mannigfaltiger Natur. Die so gewaltige Senkung der Lebensmittelpreise war für Deutschland fast wirkungslos, weil hohe Zölle zu ihrer Korrektur eingesezt wurden. Eine Tonne Weizen, die auf dem Weltmarkt 115 M kostet, stellt sich in Deutschland auf 250 M. Eine Tonne Roggen ist draußen für 70 M zu haben, während sie hier drinnen 165 M kostet. Ein Pfund Zucker kostet auf dem Weltmarkt 6 J, während allein der deutsche Zuckerpoll 16 J kostet. Wegen der ungeheuer hohen Lebensmittelpreise muß der deutsche Verbraucher eine Mehrbelastung gegenüber den Weltmarktpreisen von etwa 2 Milliarden jährlich auf sich nehmen. Das sind je Kopf rund 35 M, für die fünfköpfige Familie 175 M oder für viele Arbeiter und Angestellte bis zu 10 % ihres Einkommens. Die nicht landwirtschaftliche Bevölkerung hat die gleiche Summe wie die jährlichen Reparationszahlungen an die deutsche Landwirtschaft zu leisten. Auf der anderen Seite hat sich der Sturz der Rohstoffpreise günstig auf die fertigerarbeitende Industrie ausgewirkt. Das mit dieser kolossalen Umlagerung der Werte einhergehende Aufbrechen der Kapitalzufuhr hat sich ungeheuer schädigend und drosselnd für die Wirtschaftsentwicklung ausgewirkt. Die Last der Reparationen wächst mit der Vergrößerung des Geldwertes. Die Vertrauenskrise gegenüber Deutschlands wirtschaftlicher Politik war der letzte und nicht unwichtigste Anlaß die Krise für Deutschland zu verschärfen. Ein Wirtschaftsfatalismus wie wir ihn bisher nicht kannten war die Folge. Er führte zu den neuen Parolen Lohnabbau und Preisabbau. Zu den Maßnahmen des Handelns in und gegenüber der jetzigen Wirtschaftsnof zählt Hirsch die Anpassung an verkleinerte Wirtschaftsvolumen, vor allem aber Ueberwindung der Absatzstockung, die für Deutschland im besonderen die Ueberwindung der Vertrauenskrise.

Alle bisherige Erfahrung lehrt, daß die Absatzstockung zulezt durch Preislenkung überwunden wird. Dadurch schafft man eine Vergrößerung des Geldwertes, die nicht ohne Folgen für die gesamte Bevölkerung ist. Die Vergrößerung der Reichsmark durch Preisabbau geht nicht ohne Zuckungen vor sich. Ihr widersehen sich die kartellgebundenen Industrien. Aus dem Auseinanderklaffen der Weltrohstoffpreise und der preisgebundenen Waren im Inland wird ein Klassenkampf zwischen Rohstoff und Fabrikat um den Dollarwert ausgefochten. Die Frage ist nun zu stellen: Welching die Vergrößerung der Reichsmark und auf wessen Kosten und zu wessen Nutzen? Wer eine solche Bewegung planmäßig lenken will, muß ihr Ziel und Ausmaß kennen. Sonst entsteht im Endergebnis ein Klassenkampf um den Anteil an der zu vergrößernden Reichsmark. Erstrebenswert sind nicht sinkende, sondern tiefe aber stetige Preise.

Nach Prof. Hirsch, dem wir in diesen Ausführungen folgen, erheben sich die schwierigsten Fragen da, wo der Mensch zum Kostenelement wird, bei Arbeitslohn und Arbeitszeit in der Krise. Die Fragen der zuzuführenden Arbeitsbeschaffung, Verkürzung der Arbeitszeit, Kürzung des Lohns und der Soziallasten sind oft gestellt und behandelt worden. Zusätzliche Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand ist im größeren Maß nur möglich durch zuzuführende Zuführung von Arbeitsmitteln und vor allem Kapital. Ueber die Arbeitszeitverkürzung schreibt Prof. Hirsch wörtlich folgendes: „Die Verkürzung der Arbeitszeit ist etwas, das nicht nur menschlich eine ewige Hoffnung ist — im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen, gemäß, aber der Grunddienst soll nicht allzu lang währen —, sondern es liegt die Verkürzung der Arbeitszeit auch im ganzen Verlauf des kapitalistischen Zeitalters. Mit schier unerträglich langen Arbeitszeiten begann es. Als man die Arbeitszeit unter elf Stunden verkürzen wollte, wurde der Streit darüber ein Grund zum Abgang des deutschen Reichsgründers Bismarck. Der Uchstumendtag, als Folge des Krieges erst schematisch eingeführt, dann heftig bekämpft, hat sich im ersten Nachkriegsjahrzehnt dies- und jenseits des Atlantischen Ozeans praktisch viel weiter durchgesetzt, als in der großen Nacht der Weis-

gebung gelegen hätte. Verkürzung der Arbeitszeit ist ein natürliches Äquivalent der Mechanisierung und Intensivierung der Arbeit durch das industrielle Zeitalter.“

Das Arbeitsproblem des Arbeitslohnes und seiner Nebenkosten steht in allen Ländern im Mittelpunkt. Hirsch bemerkt hierzu: „Daß hohe Löhne die Wirtschaft fördern, das ist nicht nur eine begreifliche, in allen Ländern verbreitete These dessen, der hohe Löhne wünscht. Es ist in den Vereinigten Staaten eine auch im Unternehmertum so weit verbreitete Anschauung, daß selbst die Krise in ihrem äußeren Eindruck bisher daran nicht viel zu verändern mochte. . . . Wird die Preishöhe im gleichen oder im stärkeren Maße gesenkt als die Löhne, so gewinnen Konsument (damit auch Arbeitnehmer) und Geldgeber. Wird die Preishöhe nicht entsprechend gesenkt, so erfolgt offenbar nur eine Verschiebung der Kaufkraft auf Unternehmer und Kapitalbesitzer. Diese Kaufkraftübertragung kann zu höheren Ausgaben des Unternehmers führen: dann ist sie volkswirtschaftlich unerheblich. Auch Ansammlung beim Unternehmer ist dann zunächst unerheblich — wenn keine Kapitalflucht eintritt. Sie ist es nicht, weil es immerhin eine Kapitalflucht gibt. Lohn und Gehalt bleiben durchweg im Lande.“

Da die Kosten des Lohnes durch die Lebenshaltung bestimmt werden, steht die künstliche Hochhaltung der deutschen Agrarpreise im Widerspruch zu der sonst geübten Wirtschaftspolitik. Die Anpassung der geänderten Produktionsbedingungen der Weltwirtschaft kann nicht eine Frage langer Jahre sein. Prof. Hirsch fordert eindringlichst Krisenbekämpfung und nicht Armenbekämpfung. Der technisch-wirtschaftliche Fortschritt wird sich nicht verlangsamen, es kommt darauf an, diesen Weg des Fortschritts gleichmäßiger und reibungsloser zu gestalten. In der Wirtschaft muß daher die Willensrichtung des Menschen dahin gehen, daß er vom Unterworfenen unter das wirtschaftliche Naturgeschehen zur bewußt lenkenden Wirtschaftstechnik kommt.

Arbeitslosigkeit: Ein Problem der Volksgesundheit.

Unter diesem Titel hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Arzt Dr. Julius Moses eine Denkschrift für Regierung und Parlamente ausgearbeitet, die im Verlag Arthur Scholem, Berlin SW. 68, Alexanderstr. 134, erschienen ist. Eine sehr verdienstvolle Schrift in ihr wird eingehend die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen vom medizinischen und gesundheitspolitischen Standpunkt betrachtet. Die Schrift enthält eine ganze Reihe Urteile bekannter Ärzte, die in ihren Kliniken, in ihrer Krankenpraxis oder Wohlfahrtsarztstätigkeit einen nicht unbeträchtlichen Ueberblick über die Bevölkerung haben und so sehr eingehend die Folgen der Arbeitslosigkeit für den Arbeitslosen und für seine Familie zu beobachten in der Lage waren. Dr. Moses hat die Broschüre mit einer sehr lesenswerten Einleitung versehen, die die unermessbare Verwundtheit des gesundheitlichen Aufbaus eines Volkes mit seinen ökonomischen und sozialen Verhältnissen betont. In interessanter Weise setzt sich Moses mit der jetzt so beliebten gesundheitspolitischen Volksaufklärung auseinander. Diese Erziehungsarbeit wende sich an den guten Willen und die Vernunft, um durch gesunde Lebensführung und Beobachtung gewisser hygienischer Regeln den Lebensstandard zu heben. Sie muß immer unvollkommenes Bruchstück bleiben, denn die eigentliche gesundheitliche Lage liegt außerhalb ihrer Reichweite. Sie ist diktiert von der sozialen und ökonomischen Situation der Massen. Die beliebte Aufklärung über den Wert gesunder Wohnungen, die luffig, rein und sonnig sein sollen, bleibt wertlos, wenn der Aufgeklärte durch seine wirtschaftliche Lage gezwungen ist, in einem Loch zu hausen. Die gutgemeinten Ratschläge über Säuglingspflege, die Aufforderung an die Mütter, ihre Säuglinge selbst zu nähren und sie den heilenden Sonnenstrahlen auszusetzen, ist sinnlos, wenn die Mutter als Arbeiterin gezwungen ist, ihren Säugling der Obhut fremder Menschen zu überlassen. Unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen ist Politik auf gesundheitliche Sicht notwendiger als Volksaufklärung. Diese muß aber dort scheitern, wo die Praxis, d. h. die allgemeine Politik, antisozial ist. Jede neue Steuererhöhung trifft die Volksgesundheit, jeder Lohnabbau macht sich volksgesundheitlich fühlbar, weil die Massen nicht mehr in der Lage sind, sich an anderen Stellen einzuschränken, als in gesundheitlicher Hinsicht. Der arbeitslose Arbeiter kann nicht noch weniger essen, kann nicht noch schlechter wohnen, als es schon der Fall ist. Er kann nur auf gewisse hygienische Ansprüche verzichten; er muß sich dort einschränken, wo seine Arbeitsfähigkeit am stärksten bedroht wird. Denn Gesundheit bedeutet Arbeitsfähigkeit; sie ist sein höchstes Produktionskapital. Das hat schon Rudolf Virchow erkannt, der aus volksgesundheitlichen Motiven zum politischen Revolutionär wurde, und Lloyd George sagte 1914 als Schatzkanzler in seiner großen Rede über die Arbeiterversicherung: „Einer der wichtigsten Zweige des nationalen Lebens, den man aus Mangel an Kapital nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern hat verschmachten lassen, ist die Gesundheit und Kraft der arbeitenden Klassen. Wir gleichen dem kurzfristigen Kaufmann, der in seiner Gier, große, augenfällige Gewinne zu zeigen, sein Geschäft zugrunde richtet, anstatt es mit Kapital hinreichend zu fundieren.“

Die dann folgenden, auf zwei Duzend Urteile von Ärzten, darunter solche von sehr anerkannten, sind eine ebenso erschütternde wie treffliche Sammlung von Argumenten, die eigentlich den Erfolg zeitigen sollten, mit jedem Lohnabbau sofort Schluß zu machen und alle Kraft auf die Stärkung der Kaufkraft des werktätigen Volkes zu verwenden. Für alle die, die irgendwo Interessen des arbeitenden Volkes zu vertreten haben, sind die Urteile, die Dr. Moses in seiner Denkschrift gesammelt hat, ein unvergleichliches Rüstmaterial. Es sind Argumente von einer unaussprechlichen inneren Wucht und von einer Ueberzeugung getragen, die alles wirtschaftspolitische Demagogentum geistig niederdrückt. Allerdings, sie werden sich bei weitem nicht reiflos durchsetzen, denn heute hat das, was „man“ Rentabilität nennt, stärkere Macht als sozial- oder gesundheitspolitische Argumente. Niemand, der sich mitverantwortlich fühlt für das Wohl des Volkes, sollte veräußen, diese Denkschrift zu lesen.

„Es liegt ohne weiteres auf der Hand“ — so schreibt Rudolf Fischer in seiner Untersuchung des Zusammen-

hanges zwischen Lebensmittelpreise und Sterblichkeit —, daß in noch höherem Maße als andere politische Probleme die Arbeitslosigkeit auf die Volksgesundheit einwirkt. Daher dürften die Volkserretungen wirtschaftliche Krisen nicht nur ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des finanziellen Interesses betrachten, und bei der Schaffung wirtschaftlicher und sozialer Gesetze dürften nicht nur Politiker und wirtschaftliche Interessenten herangezogen werden, sondern auch Ärzte. Leider trägt die Wirtschaft selbst fast nichts dazu bei, um ihr Recht durchzusetzen, bei politischen Entscheidungen gehört zu werden. Die Initiative zu Reformen geht immer von Politikern und Wirtschaftlern aus, aber nie von Ärzten. Jede gesundheitliche Aufklärung und Erziehung muß scheitern, wo die Arbeitslosigkeit es unumgänglich macht, ein gesundes Leben zu führen.“ Professor Czerny von der Universitäts-Kinderklinik in der Charité zu Berlin weist auf die fürchterlichen gesundheitlichen Folgen für die Kinder der Arbeitslosen hin, wo es den Eltern in einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von Fällen schon Schwierigkeiten bereitet, bei wiederholter Krankenvorstellung das Fahrgeld aufzubringen. „Wie weit der Mangel an Fahrgeld die Schuld daran ist, daß die Frequenz der poliklinischen Patienten zurückgegangen ist, läßt sich nicht ermitteln.“ Geh. Medizinalrat Schloßmann von den Allgemeinen Städtischen Krankenanstalten, Klinik für Kinderheilkunde, Wilmersdorf, weist darauf hin, daß zur Zeit allgemein die Kinder erst in einem viel schwereren Krankheitszustand eingeliefert werden als vor dem Kriege. „Die Eltern geben vielfach zu, daß sie erst jetzt zum Arzt gegangen sind, nachdem das Kind wirklich schwerkrank war.“ Dr. Bückenwieser, Facharzt für Kinderkrankheiten, Berlin, hat festgestellt, daß die augenblicklichen schlechten sozialen Verhältnisse der Berliner Bevölkerung ihren Ausdruck finden unter anderem in der Häufung der Rachitis, die in erster Linie durch die schlechten Wohnungsverhältnisse bedingt wird. Es waren im Alter von 1/2 bis 2 Jahren fast 90 % der Kinder rachitisch. Professor Dr. Gausp von der Universitäts-Nervenkrankenklinik Köpenick hat in der Kinderabteilung seiner Klinik „mehrmals Kinder mit psychisch-nerösen Störungen zu behandeln gehabt, bei denen ängstliche Verstimnungen, ja selbst Lebensüberdrussgedanken und Selbstmordversuche unter der Einwirkung des sozialen Elends auftraten, das sich mit der Arbeitslosigkeit des Vaters eingestellt hatte.“ Gibt es eine schwerere Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaft und gegen die kapitalistische Wirtschaft, als dieses in der ganzen Größe des Elends und des Kinderarmers von keiner Statistik wiederzugebende und voll zu erfassende Kinderelend!

„Und ähnlich wie in den letzten Kriegsjahren“, darauf weist Professor Dr. Hans Guggenheimer hin, „hat die zermürbende und aufreibende Häufung seelischer Belastungen eine frühzeitige und nicht selten rasch fortschreitende Arteriosklerose begünstigt. Sehr groß ist die Zahl der zur Behandlung kommenden Frauen mit Hypertonie usw., alles ursächlich begründet in der wirtschaftlichen Not der eigenen Arbeitslosigkeit oder des Mannes.“ Professor Dr. Mar Berliner stellt als Folge der Arbeitslosigkeit das Erlahmen der Widerstandsfähigkeit des einzelnen fest, das die Ausbreitung von Volksleiden begünstigt, sei es chronisch verlaufender Krankheiten, wie die Tuberkulose, sei es akuter Epidemien, wie Typhus, Pest, Diphtherie, Grippe usw. Und Professor Dr. Ernst Friedberger, Direktor des Forschungsinstituts für Hygiene und Immunitätslehre, hat diese Gefahr eingehender untersucht und festgelegt, daß wir zwar noch eine geringe, aber doch deutliche Zunahme gewisser Infektionskrankheiten haben. In den deutschen Großstädten mit über 100 000 Einwohnern ist im dritten Vierteljahr die Sterblichkeit an Diphtherie gegenüber 1927 bereits um mehr als das Dreifache gestiegen, und gerade die Diphtherie ist eine Erkrankung, die eine besonders weitgehende Abhängigkeit von der allgemeinen Wirtschaftslage zeigt. Immer ist sie zur Zeit wirtschaftlicher Krisen sehr hoch gemessen, zum Beispiel zuletzt in Deutschland in der Gründerzeit und jetzt scheint schon wieder eine ähnlich bedingte Welle im Anstieg. Dr. Friedberger weist darauf hin, daß die Wohnungsfrage das zentrale hygienische Problem des Augenblicks ist. Ja, man kann sagen, daß eine Besserung der allgemeinen hygienischen Verhältnisse überhaupt in erster Linie von der Lösung des Wohnungsproblems abhängt. . . . Dieser Feststellung eines hervorragenden Arztes steht die Tatsache gegenüber, daß 75 % der deutschen Bauarbeiter unfreiwillig fern, und daß selbst im Sommer die Arbeitslosigkeit sehr hoch war und auch im kommenden hoch sein wird. Und das bei einer Gruppe arbeitsbereiter Menschen, die dazu da sind, eine der ersten Grundlagen der Volksgesundheit sicherzustellen: Gute Wohnungen! Ganz mit Recht findet Professor Friedberger harte Worte gegen die heutige Form der hygienischen Volksbelehrung, der Aufklärung und Erziehung auf hygienischem Gebiet, die teilweise völlig falsch und unzumutbar sind, ja, die vielfach nur dekorativ sind, wie beispielsweise die Dresdener Hygiene-Ausstellung. „Nicht über diese Soll-Hygiene braucht das Volk in erster Linie Aufklärung, sondern die Belehrung muß ausgehen von der Ist-Hygiene, von den bestehenden Zuständen und der Möglichkeit ihrer Besserung im Rahmen dessen, was wir volkswirtschaftlich leisten können. Was nützen unsere hygienischen Belehrungen und die Anempfehlungen kleiner Mittelchen, wenn die hygienischen Kardinalfragen: Wohnung und Ernährung eine so ungesunde Lösung zeigen, wie zur Zeit bei uns.“

Auch andere Folgen langanhaltender Arbeitslosigkeit werden nicht übersehen. „In den Sprechstunden für Alkoholranke“, so schreibt Sanitätsrat Dr. D. Juliusburger, Berlin, „muß mit Bedauern festgestellt werden, daß die Nachfrage mehr und mehr wächst, und nur zu häufig erfährt man, wie auf dem Wege von der Unterstützungsfelle zur Familie ein mehr oder weniger großer Anteil des eben empfangenen Geldes vertrunken wird. Trübe und gedrückte Stimmungen verjucht der Arbeitslose durch vom Alkohol erzeugtes Scheinwohlbefinden zu beseligen. Die immer daniederliegende psychische Spannkraft und seelischen Hemmungen durch Alkohol zu heben und dergleichen andere Faktoren mehr verführen immer wieder zu erneutem Alkoholgenuß.“ Und der Frauenarzt Dr. Max Hirsch äußert sich wie folgt: „Die Krankheitszustände der Unterleibsorgane der Frauen erfordern zu ihrer Heilung ein großes Maß von Pflege, für deren Beschaffung die Unterstützung der Krankenkassen nicht ausreicht. Das betrifft nicht nur die Beschaffung der Nahrungsmittel, sondern auch der Krankenpflegemittel. Infolge

der Wohnungsnot fehlt es sehr oft an der Möglichkeit, Stuhlbäder zu nehmen. Ganz besonders unheilvoll aber wirkt die Arbeitslosigkeit auf Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett und auf das Schicksal des Neugeborenen.

Die Denkschrift-Broschüre ist gewissermaßen ein Kompendium sozialen Elends und menschlichen Jammers. Sie ist die nicht zu widerlegende Anklage der Millionen und aber Millionen von Volksgenossen, Männer, Frauen und Kinder, die unter einem Wirtschaftssystem zu leiden haben, das nicht zuletzt nur durch Unaufgeklärtheit, aber auch von Phrasen-Ennaden eine derartig große, schier unumschränkte Macht ausüben kann.

Die Notverordnung.

Sogenannte politische Aktionen und die Mordtaten Angehöriger radikaler Flügelparteien zeigen immer wieder, daß ein erheblicher Teil des deutschen Volkes weitab vom Wege der Demokratie gekommen ist. Leider kann niemand die Frage verneinen, daß in Deutschland die öffentliche Sicherheit und die Ordnung sehr erheblich gefährdet sind.

Wir wollen nicht die physische Vernichtung unserer Gegner, wir sind bereit, allen genau dieselbe Freiheit zu gewähren, die wir für uns fordern. Mögen die Teile des deutschen Volkes, die vom demokratischen Wege abgewichen sind, das Verhängnisvolle ihres Treibens bald einsehen, dann ist auch der Tag nahe, wo unser Wunsch in Erfüllung geht, daß die Notverordnung verschwinden kann.

Der Kampf gegen eine ungerechtfertigte Auslegung der Notverordnung wird in diesen Ländern zugleich ein Kampf gegen das Hakenkreuzsystem der Franzen und Konjorten sein. Mit der bewährten Taktik der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, deren Grundzug nach einem Bebel'schen Wort ist, stets auf dem gesegneten Wege zu bleiben, wird auch dieser Kampf erfolgreich durchgeführt werden.

Die Notverordnung vom 28. März zeigt wieder einmal deutlich, daß der revolutionär schillernde Radikalismus nur eines erfüllen kann — dies allerdings mit Gründlichkeit — nämlich die Reaktion wieder in den Sattel zu setzen. Das unerhörte Auftreten der Nazi und Kozji zwingt den demokratisch gesonnenen Staat zu Maßnahmen, die zwangsläufig der militärpolizeilichen Gewalt und der Rechtsprechung mehr Macht verleiht als uns allen lieb ist.

Die radikalen Parteien fordern jetzt plötzlich die Einberufung des Reichstags. Soweit es sich dabei um eine nationalsozialistische und deutschnationale Forderung handelt, beurteilt man die Forderung noch viel zu milde, wenn man sie als Affenkomödie bezeichne.

Gelesene Nummern des „Grundstein“ werfe man nicht fort, sondern gebe sie seinem unorganisierten Arbeitskollegen!

Wir wollen nicht die physische Vernichtung unserer Gegner, wir sind bereit, allen genau dieselbe Freiheit zu gewähren, die wir für uns fordern. Mögen die Teile des deutschen Volkes, die vom demokratischen Wege abgewichen sind, das Verhängnisvolle ihres Treibens bald einsehen, dann ist auch der Tag nahe, wo unser Wunsch in Erfüllung geht, daß die Notverordnung verschwinden kann.

Bevölkerung und Arbeitslosigkeit.

Im Rahmen seiner Untersuchungen über die internationalen Ursachen der Arbeitslosigkeit hat das Internationale Arbeitsamt seinem Arbeitslosenaußenrat auch eine Denkschrift von Prof. Herich über Bevölkerung und Arbeitslosigkeit vorgelegt. Diese Denkschrift ist deshalb von besonderem Interesse, weil nicht zuletzt auch in den Kreisen der Arbeiterschaft die Auffassung vertreten ist, eine Geburtenbeschränkung sei geeignet, künftigen Arbeitslosenkrisen vorzubeugen.

Inwieweit hat diese Entwicklung der Arbeitslosigkeit den Weg bereitet? Nehmen wir die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Niemand wird behaupten können, daß eine Ueberschichtung dieses reichen Landes dort die Ursache der katastrophalen Arbeitslosigkeit ist. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt 15 Einwohner auf 2 qkm gegenüber 49 in Europa. Noch weniger kann von einer Ueberschichtung Australiens oder Neuseelands geredet werden, wo 5 Einwohner auf 1 qkm kommen, Länder, die auch von der Arbeitslosigkeit nicht verschont wurden.

An die Bauarbeiterjugend!

Tausende Proletarierkinder sind nun wieder aus der Schule entlassen worden. Deshalb ergeht an alle Eltern die Mahnung: Seid auf der Wacht, schickt eure Söhne zu uns: Jugend zu Jugend! Und euch, die ihr hoffnungsfreudig ins Leben strebt, die ihr in der Bauindustrie ein Handwerk erlernen wollt, euch rufen wir zu: Gar zu bald werden eure weisflehenden Zukunftspläne an der rauhen Wirklichkeit zerschellen und bittere Erfahrungen und manche Enttäuschung werden euch auf eurem Lebenspfade entgegenstehen.

Diese Ungerechtigkeiten werdet ihr demnächst an eigenen Leibe verspüren. In solchen Momenten braucht ihr Menschen, die euch mit Rat und Tat zur Seite stehen als Freunde und Genossen. In unserer Gewerkschaftsbewegung findet ihr solche Helfer. Wir wollen gegenseitig Gedanken- und Erfahrungsaustausch pflegen, unsere Hirne schulen für den harten Befreiungskampf, zu dem wir als Glieder der proletarischen Klasse berufen und verpflichtet sind.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund. Feststellungsergebnis vom 16. März 1931.

Table with columns: Bezirksverband, Mitgliederzahl am Wochenanfang, and various employment categories (Maurer, Steinmetzen, etc.). Includes a summary row at the bottom for the entire organization.

Zeits der Sozialgesetzgebung

Ein Lehrling, der wegen Ruhens der Baufähigkeit im Winter heurlaubt und nach dem Lehrvertrag nur verpflichtet ist, nach dem Ablauf der stillen Zeit das Lehrverhältnis fortzusetzen, ist während der Zeit der Unterbrechung der Arbeitsfähigkeit nicht gegen Krankheit pflichtversichert.

Nach der Entscheidung des zweiten Revisionssenats vom 16. Oktober 1930 — Aktenz.: IIa R. 308/30 — sind Lehrlinge, die im Winter aussetzen müssen, nicht mehr krankenkassenversicherungspflichtig. Der Unternehmer kann demnach beim Aussetzen im Winter seine Lehrlinge von der Krankenkasse abmelden, was bedeutet, daß sie bei Krankheit keinerlei Hilfe hätten. Die Entscheidung läßt jeden Sinn für soziales Verständnis vermissen. Wahrscheinlich hat der Spruchsenat völlig den Sinn für die Wirklichkeit verloren. Die Begründung der Entscheidung ist in keiner Weise überzeugend, sie ist in einzelnen Teilen geradezu provozierend.

Aus den Entscheidungsgründen: ... Ein Maurerlehrling hatte mit einer Firma einen 3 Jahre laufenden Lehrvertrag abgeschlossen. ... Während der Zeit der Arbeitsunterbrechung war der Lehrling arbeitsunfähig krank. Er verlangte von der Krankenkasse die Erstattung der ... Arzt- und Pflegekosten. Die Kasse lehnte die Übernahme der Kosten mit dem Hinweis ab, daß der Lehrling während der Zeit der Arbeitsunterbrechung bei ihr abgemeldet gewesen sei. Zur Begründung der Verurteilung beim Oberversicherungsamt wurde ausgeführt, daß im Baugewerbe die Verfügungsmacht des Lehrherrn über den Lehrling auch während des Ruhens der Bauarbeiten weiterbesteht, das Lehrverhältnis werde daher durch die Einstellung der Baufähigkeit nicht unterbrochen. ... Die Entscheidung hängt davon ab, ob der Kläger zur Zeit des Eintritts des Versicherungsfalles versicherungspflichtig beschäftigt gewesen ist, oder ob mit der durch die Witterungsverhältnisse verursachten Unterbrechung seiner tatsächlichen Arbeitsleistung auch das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis selbst unterbrochen wurde. Wie das Reichsversicherungsamt in ständiger Rechtsprechung angenommen hat, dauert ein durch Eintritt der Arbeit wirksam gewordenen Beschäftigungsverhältnis so lange fort, bis es tatsächlich gelöst ist. Der in der Entscheidung 3102 II (M. 1927 S. 581, CuM. Bd. 21 S. 305 Nr. 142) behandelte Ausnahmefall, daß das die Krankenversicherungspflicht begründende Beschäftigungsverhältnis auch nach der Beendigung der tatsächlichen Beschäftigung solange fortdauert, wie der Anspruch des dienstbereiten Arbeitnehmers auf die Gewährung des vertragmäßigen Entgelts weiterbesteht, kommt hier schon deshalb nicht in Betracht, weil der Kläger während der stillen Zeit kein Entgelt erhielt. Ob das Beschäftigungsverhältnis beendet ist, bestimmt sich nach den tatsächlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Dabei ist unter Beendigung der Beschäftigung nicht nur das Aufhören der Beschäftigung überhaupt, sondern das Aufhören der versicherungspflichtigen Beschäftigung zu verstehen, d. h. daß die Versicherungspflicht auch bei im übrigen unveränderter Fortdauer der Beschäftigung aufhören kann (zu vergleichen E. 2414 M. 1918 S. 172). An sich kann demnach das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis beendet sein, während das ihm zugrunde liegende Dienst-(Lehr-)verhältnis noch weiterläuft. Zu den Voraussetzungen, von deren Erfüllung das Vorliegen und die Fortdauer eines versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses abhängt, gehört insbesondere, daß dem Arbeitgeber die Verfügungsmacht über die Arbeitskraft des Arbeitnehmers zusteht. Diese Verfügungsmacht kann allerdings auch dann noch erhalten sein, wenn eine Beschäftigung zeitweise, d. h. für die Dauer einer verhältnismäßig nicht zu langen Unterbrechung der Arbeitsleistung nicht stattfindet (zu vergleichen E. 2789 M. 1924 S. 84). Aber auch in diesem Falle muß der Arbeitnehmer in der Zeit der Arbeitsunterbrechung tatsächlich der Verfügungsmacht des Arbeitgebers unterworfen sein, wenn Versicherungspflicht fortbestehen soll. Ist dies nach den jeweils in Betracht kommenden Umständen nicht anzunehmen, so wird in Fällen der vorliegenden Art, in denen für die Zeit der Arbeitsruhe kein Entgelt gezahlt wird, mit der Einstellung der tatsächlichen Beschäftigung auch das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis einseitig beendet. In diesem Sinne hat auch das Reichsversicherungsamt in der Entscheidung 2233 II (M. 1916 S. 583, CuM. Bd. 8 S. 45 Nr. 22) Stellung genommen. In dieser Entscheidung, in welcher es sich darum handelte, ob das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis eines Pflastererlehrlings während der Zeit des Ruhens des Pflastererwerbes in der Winterpause fortbesteht, hat das Reichsversicherungsamt, wie die Begründung der Entscheidung ergibt, dem Umstande ausschlaggebende Bedeutung beigelegt, daß eine Rückberufung des Lehrlings während der Arbeitspause nach der besonderen Art des Geschäftsbetriebes überhaupt nicht in Frage kam. Der vorliegende Fall liegt insofern völlig gleichartig. Wie dem erkennenden Senat von einem sachverständigen Mitglied des Senats, dem Vertreter der Arbeitgeber (!!), überzeugend dargelegt worden ist, ist es dem Maurerlehrling für die Dauer der wintertlichen Unterbrechung der Bauarbeit unbenommen, eine andere Beschäftigung aufzusuchen, wenn er nur rechtzeitig im Frühjahr bei Wiederaufnahme der Saisonarbeit seinem Lehrherrn wieder zur Verfügung steht. Der Lehrvertrag ist sonach unter der Voraussetzung abgeschlossen, daß eine Beschäftigung des Lehrlings grundsätzlich nur während der üblichen Saisonarbeitszeit stattfindet. Dem entspricht es auch, wenn das Oberversicherungsamt in seinem Abgabebefehl ausdrücklich auf die bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Regierungsbezirks Trier herrschende Übung Bezug nimmt, wonach bei sehr langer Unterbrechung des Beschäftigungsverhältnisses eines Lehrlings im Baugewerbe keine Beiträge zur Krankenkasse angefordert werden. Kann hiernach einmal von einer Fortdauer der Verfügungsmacht des Lehrherrn über den Lehrling während der saisonüblichen Unterbrechung des Bau-

gewerbes nicht gesprochen werden, so kommt hierzu noch weiter, daß das Beschäftigungsverhältnis für die Dauer der Unterbrechung als ein entgeltliches nicht mehr angesehen werden kann. Lehrlinge im Baugewerbe beziehen laut Tarifvertrag einen nicht unerheblichen Entgelt während der Dauer der Beschäftigung. Wie das Reichsversicherungsamt in der bereits angezogenen Entscheidung 2789 (M. 1924 S. 84) ausgeführt hat, kommt es bei einer Unterbrechung der Arbeitsleistung für die Fortdauer der Versicherungspflicht auch darauf entscheidend an, ob während der Unterbrechung ein Arbeitsverhältnis gegen Entlohnung fortbesteht, ob also vor und nach der Unterbrechung eine die Erfüllung der Beitragspflicht auch für die Zwischenzeit ermöglichende Lohnzahlung stattfindet. Davon kann bei einer mehrmonatigen Unterbrechung der Arbeit keine Rede sein. Danach endete die Verfügungsmacht des Arbeitgebers des Klägers mit dem Eintritt der Winterpause. Damit erlosch gleichzeitig auch das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis. — Die hier vertretene Auffassung steht auch nicht im Widerspruch mit der auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung ergangenen Entscheidung 3177 II (M. 1928 S. 183, CuM. Bd. 22 S. 351 Nr. 165) und Entscheidung 3503 (M. 1929 S. IV 323, CuM. Bd. 25 S. 250 Nr. 105), denn hier handelte es sich lediglich um die grundsätzliche Frage, ob ein Maurerlehrling, der während der Dauer des vertraglichen Lehrverhältnisses infolge Unterbrechung der Baufähigkeit im Winter von seinem Lehrherrn tatsächlich nicht beschäftigt wird, auch wenn er in der stillen Zeit eine Zwischenbeschäftigung aufgenommen hat, arbeitslos im Sinne des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist. Der erkennende Senat erachtete eine Anrufung des Großen Senats nicht für geboten, weil die beiden Entscheidungen von ihren Begründungen, soweit sie die Krankenversicherung betreffen, nicht getragen werden, im übrigen der aufgestellte Rechtsgrundsatz ein anderes Rechtsgebiet, nämlich die Arbeitslosenversicherung, berührt. Wenn im übrigen der Maurerlehrling die Fortdauer der Krankenversicherung auch für die Zeit der saisonmäßigen Arbeitsunterbrechung erreichen will, bleibt es ihm unbenommen, sich freiwillig weiterzuversichern. Hiernach ist dem Kläger aus Anlaß seines in der Zeit der Arbeitsunterbrechung eingetretenen Versicherungsfalles kein Anspruch auf Krankenhilfe entstanden.

Das Urteil und seine Begründung berücksichtigt in keiner Weise die Wirklichkeit, denn in den allermeisten Fällen war es bisher üblich, daß die Unternehmer die Krankenversicherungsbeiträge auch während der wintertlichen Aussetzung weiter zahlten. Im übrigen haben noch in letzter Zeit mehrere Oberversicherungsämter zugunsten der Lehrlinge entschieden und die Krankenversicherungspflicht bejaht. So hat noch das Oberversicherungsamt Karlsruhe am 19. Februar 1931 unter dem Aktenzeichen: Proj. E. Nr. 29/30 trotz der vorstehenden Entscheidung des II. Revisionssenats in einer endgültigen Entscheidung des Lehrlings bei der Krankenkasse durch den Arbeitgeber zu Unrecht erfolgt ist, und daß der Lehrling auch während der Zeit der Arbeitsunterbrechung in den Wintermonaten 1928/29 krankenversicherungspflichtig war.“ Für die Behauptung, die der Senat in seiner Entscheidung aufstellt, fehlt jede Beweisgrundlage. Wenn der Senat meint, daß die Belastung der Unternehmer mit den Beiträgen während der stillen Zeit unbillig sei und zur Unterbindung der Lehrlingshaltung sowie zur weiteren Arbeitslosigkeit führen würde, so ist demgegenüber darauf hinzuweisen, daß schon allein die Befreiung der Unternehmer von der Verpflichtung zur Zahlung des tariflichen Lohnes während des wintertlichen Aussetzens eine große Begünstigung des Unternehmers ist. Die Entscheidung geht in einer dermaßen einseitigen Weise an den Auswirkungen des neuen Grundgesetzes für die Lehrlinge vorbei, daß es verständlich ist, wenn die Arbeiterschaft immer mehr an der Unparteilichkeit des Senats zu zweifeln beginnt. Lieft man die Begründung, wo sich der Senat über die tatsächlichen Verhältnisse im Baugewerbe eingehend von dem im Senat mitwirkenden Vertreter der Unternehmer, der selbst ein Maurermeister ist, hat informieren lassen, so wird man den Gedanken nicht los, daß hier in einseitiger Weise Recht gesprochen worden ist. Die Herren im Reichsversicherungsamt brauchen es ja nicht zu wissen, daß es eine Vertretung der Arbeiter gibt und daß es nicht mehr wie recht und billig gewesen wäre, gegenüber der einseitigen Darstellung des Unternehmervertreters ein Gutachten unseres Bundes anzufordern. Die Art der Rechtsprechung ist kaum geeignet, das Vertrauen zum Reichsversicherungsamt zu stärken. Insbesondere deswegen nicht, weil die Entscheidung über den Rahmen der Krankenversicherungspflicht der Lehrlinge hinaus auf die Arbeitslosenversicherungspflicht hinübergreift. Die Entscheidung wird sich unmittelbar in der Arbeitslosenversicherung auswirken, weil die Arbeitslosenversicherungspflicht der Lehrlinge nach § 69 WAWG. in Verbindung mit § 74 WAWG. sich auf die Krankenversicherungspflicht aufbaut. Sie steht auch im Widerspruch mit der Entscheidung des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung vom 21. März 1928 IIa Nr. 1/28 (siehe dazu „Zur Lehrlingsfrage im Baugewerbe“ Nachtrag 1929 S. 75). In dieser Entscheidung war zwar als Grundsatz aufgestellt, daß der Maurerlehrling, der während der Dauer des vertraglichen Lehrverhältnisses wegen Unterbrechung der Baufähigkeit im Winter von seinem Lehrherrn nicht beschäftigt wird, nicht arbeitslos im Sinne des WAWG. ist. Aber in der Begründung wurde ausgeführt: „Weiter kommt hinzu, daß das Gesetz ganz offensichtlich in den §§ 69 und 74 WAWG. bei Lehrverhältnissen bezüglich der Frage, ob Beitragspflicht besteht, arbeitslos davon ausgeht, daß die gesamte Lehrzeit, die der Krankenversicherungspflicht unterliegt, auch an sich die Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherungspflicht begründet; ob auch die Versicherungspflicht, kann hier dahin-

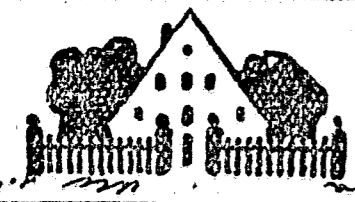
gestellt bleiben. Die Krankenversicherungspflicht steht aber bei Lehrverhältnissen nach § 165 Abs. 1 Nr. 1 RVO. ohne Unterschied der Saison und der stillen Zeit ein. Sie umfaßt vielmehr gleichmäßig, zumal da sie bei Lehrlingen vom Entgelt unabhängig ist, das ganze Lehrverhältnis.“

Zu dieser Auffassung führt das vorstehende Urteil aus, daß es nicht im Widerspruch mit den zur Arbeitslosenversicherung ergangenen Entscheidungen stehe und daß der Große Senat nicht anzurufen sei, weil die beiden Entscheidungen von ihren Begründungen, soweit sie die Krankenversicherung betreffen, nicht getragen würden, im übrigen aber der aufgestellte Rechtsgrundsatz nur die Arbeitslosenversicherung betreffe. Wie der II. Revisions-senat zu dieser Auffassung kommt, ist unerklärlich, zumal jedem Unbefangenen einleuchtet, daß die Entscheidung die Arbeitslosenversicherung aufs engste berührt, ja unbedingt bestimmend für die Arbeitslosenversicherung ist.

Die Entscheidung wird sich also so auswirken, daß künftig kein baugewerblicher Lehrling mehr in der Lage sein wird, innerhalb seines Lehrverhältnisses die Anwartschaft für die Arbeitslosenversicherung zu erfüllen, da er zur erstmaligen Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung eine unmittelbar vorausgegangene zwölfmonatige Versicherungspflicht nachweisen muß. Hierzu ist er aber nicht mehr in der Lage, wenn die Zeiten des Aussetzens nicht als versicherungspflichtig angesehen werden. Nach der RVO. besteht in der Krankenversicherung wenigstens noch die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung, um sich vor Schaden zu schützen. Diese Möglichkeit besteht aber nicht in der Arbeitslosenversicherung. Nach der jetzigen Rechtslage haben wir bei den baugewerblichen Lehrlingen das Kuriosum, daß der Lehrling im Winter während der Aussetzung „beschäftigungslos“ ist und daher nicht krankenversicherungspflichtig, aber nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz auch nicht „arbeitslos“ ist und deshalb keinen Anspruch auf Unterstützung hat. Weil der Lehrling nicht „arbeitslos“ wird, ist er jedoch beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung. Es besteht demnach während der Zeit, wo er nach der vorstehenden Entscheidung „beschäftigungslos“ ist, eine Arbeitslosenversicherungspflicht, jedoch keine Krankenversicherungspflicht. Da jedoch nach den Bestimmungen des WAWG. Beiträge zur Arbeitslosenversicherung als Zuschläge zu den Krankenkassenbeiträgen erhoben werden, bleibt es rätselhaft, wie nun die Arbeitslosenbeiträge eingezogen werden sollen. Wer soll sich noch in diese „Rechtsprechung“ zurechtfinden? Es herrscht jetzt in dieser Frage ein völliges Durcheinander. Man muß erwarten, daß im Großen Senat des Reichsversicherungsamtes eine Klärung dieser Frage, die für die baugewerblichen Lehrlinge von sehr großer Bedeutung ist, herbeigeführt wird. Den Lehrlingen müßte vorläufig, sofern der Lehrmeister von dem Recht dieser Entscheidung Gebrauch macht und den Lehrling von der Krankenkasse abmeldet, der Rat gegeben werden, freiwillig ihre Mitgliedschaft fortzusetzen, um sich wenigstens bei Krankheit zu sichern.

Der „Sachschaden“ in der Unfallversicherung.

Bei einem Betriebsunfall ereignet es sich sehr häufig, daß der Arbeiter nicht nur an Körper und Gesundheit Schaden erleidet, sondern daß er darüber hinaus noch einen mehr oder minder großen Sachschaden hat. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn durch oder bei dem Betriebsunfall Kleidungsstücke usw. des Arbeiters zerrissen werden. Für die Versicherer ist nun die Frage sehr wichtig, ob die Berufsgenossenschaften als Träger der Unfallversicherung auch für solche materielle Schäden einzutreten haben oder nicht. Diese Frage muß leider grundsätzlich verneint werden. Es heißt in § 555 der Reichsversicherungsordnung ausdrücklich: „Gegenstand der Versicherung ist der in den folgenden Vorschriften bestimmte Erfaß des Schadens, der durch Körperverletzung oder Tötung entsteht.“ Die folgenden Paragraphen erhalten dann nähere Anweisungen und Bestimmungen darüber, wie diese Schäden ersetzt werden sollen, welche Leistungen also gegebenenfalls gewährt werden müssen. Aus diesen Vorschriften ist klar ersichtlich, daß die Träger der Unfallversicherung nur für solche Schäden eintreten, die sich der Versicherte an seiner Gesundheit zuzieht. Eine Leistungsgewährung für alle sonstigen Schäden (an Kleidungsstücken, Werkzeugen usw.) ist grundsätzlich ausgeschlossen. Obgleich die Rechtslage ziemlich klar ist, tauchen in der Praxis doch immer wieder Zweifel auf. Eine dieser Zweifelsfragen ist beispielsweise die, ob die Berufsgenossenschaft dann einzutreten hat, wenn dem Arbeiter durch den Unfall sein künstliches Gebiß zerstört oder unbrauchbar gemacht wird. Die Frage ist aus dem Grunde nicht leicht zu beantworten, als man im Zweifel sein kann, ob es sich hier um einen Sachschaden oder ob es sich vielmehr um einen Schaden am Körper des Arbeiters handelt. Das Reichsversicherungsamt hat sich bereits mehrfach mit dieser Frage beschäftigt. So ist im Jahre 1913 grundsätzlich entschieden worden, daß es sich bei der Zerstörung eines Gebisses durch einen Betriebsunfall um einen sogenannten Sachschaden handelt; deshalb sei die Unfallversicherung nicht in der Lage, Erfaß zu leisten. Im Jahre 1929 hat sich das Reichsversicherungsamt erneut mit dieser Frage zu beschäftigen gehabt. Es hat sich in einer Entscheidung vom 22. Oktober 1929 auf den bereits früher eingegangenen Standpunkt gestellt und erneut zum Ausdruck gebracht: „Bei dem Bruch eines künstlichen Gebisses durch oder bei einem Betriebsunfall handelt es sich um einen Sachschaden, zu dessen Entschädigung eine Berufsgenossenschaft weder verpflichtet noch berechtigt ist.“ Aus der Begründung zu dieser Entscheidung sind folgende Ausführungen erwähnenswert: „Eine Verurteilung der Berufsgenossenschaft zum Schadenersatz könnte nur dann in Betracht kommen, wenn der Verlust des natürlichen Gebisses, zu dessen Ausgleich ein künstliches Gebiß erforderlich war, durch einen Unfall verursacht worden ist, da nach § 555 der Reichsversicherungsordnung, abgesehen von einer Tötung, nur eine auf einen Unfall zurückzuführende Körperverletzung den Gegenstand der Versicherung bilden kann.“



Unterhaltung und Wissen



Im persischen Hochgebirge.

Von Bodo M. Vogel.

Spät abends kamen wir in Kermanschah an. Der Ort liegt bereits im persischen Hochgebirge, und die Kälte war da oben schon recht unangenehm. Unmittelbar nach unserem Eintreffen meldeten wir uns pflichtgemäß bei der Ortsbehörde, um unsere Pässe visieren zu lassen. Der persische Beamte, eine überaus imposante Gestalt, empfing uns außerordentlich höflich. Er lächelte, als wir ihm unsere Papiere übergaben. Dann sagte er plötzlich in fließendem Deutsch:

„Die Herren sind aus Deutschland? Es freut mich wirklich sehr, Sie kennenzulernen.“

Wir waren perplex. Hier in dieser verlassenem Gegend ein Perser, der uns in unserer Muttersprache begrüßte! Er bemerkte unsere Verwunderung und fuhr lächelnd fort:

„Sie wundern sich darüber, meine Herren, daß ich deutsch spreche? Die Sache ist einfach. Ich habe in Deutschland meine Universitätsstudien gemacht, und zwar in Heidelberg. Früher war ich ein hoher Beamter im Ministerium, aber nach dem Umsturz hat man mich strafweise hierherverlegt. Nun, mir war es recht! Auch hier kann man sich nützlich erweisen. Darf ich die Herren zu einem bescheidenen Abendessen einladen?“



Im Orient nur kann man noch Abenteuer erleben . . .

Wir nahmen mit Freuden an, um so mehr, als hierzulande eine Ablehnung eine schwere Beleidigung bedeutet hätte. Wir versorgten also unser Auto, so gut es ging, und folgten dem Perser dann in sein Heim. Das Haus, aus großen Sandsteinen erbaut, gleich einer alten Burg eher als einer Wohnung. Aber die Inneneinrichtung verriet uns in Stücken: ein Gemisch von orientalischer Keppigkeit und europäischer Schlichtheit. Unser Gastgeber erteilte einige kurze Befehle an einen alten Diener, der sie mit einer fiesigen Verbeugung zur Kenntnis nahm und dann lautlos verschwand. Der einstufige hohe Beamte fragte uns nach unserem Reiseziel.

„Eher an!“ sagte ich ihm. Der Perser lächelte ironisch, dann erwiderte er: „Leheran ist noch weit, meine Herren, und Sie werden bis dahin noch so manches Abenteuer erleben. Gott gebe, daß Sie dort glücklich ankommen.“

Der Diener deckte schweigend den Tisch, und in kurzer Zeit saßen wir beim Essen. Wieder eine Überraschung: Unser Gastgeber führte französische Küche. Er lächelte, wie nur Orientalen lächeln können.

„Wundern Sie sich darüber, meine Herren?“ fragte er. „Das ist doch nichts Außergewöhnliches! In diese Wüste hier verbannt, richtet man sich so gut wie möglich ein! Es geht nichts über ein gemüßliches Heim und eine vorzügliche Küche. Das Talgebiet liefert uns alles, was wir brauchen.“

Während des Mahles schwiegen wir, wie das im Orient der Brauch ist. Ich beobachtete diesen eigentümlichen Mann. Er trug an Mittelfinger der rechten Hand einen wertvollen Brillantring, echte persische Arbeit, wie man sie nur selten zu sehen bekommt. Nach Beendigung des Essens führte uns unser Gastgeber in ein anderes herrliches Zimmer, das ganz nach orientalischem Geschmack eingerichtet war. Er bot uns die besten Zigaretten an, er selbst entzündete eine Nargileh, deren Rauch uns in eine eigentümliche Stimmung versetzte. Es war die Stimmung der Märchen aus Tausendundeinacht. Und plötzlich fielen mir die Worte des Persers über die zu erwartenden Abenteuer ein. Ich befragte ihn darüber.

Er machte einige tiefe Züge aus seiner Nargileh und sagte dann ernst:

„Im Orient nur kann man noch Abenteuer erleben, die einem gewöhnlichen Sterblichen das Blut in den Adern erfrieren lassen. Die Gegend, die Sie, meine Herren, durchfahren wollen, ist die gefährlichste Zone. Wir können den Reisenden hier keinen Schutz gewähren, denn in diesen Bergen wohnen die Menschen derart zerstreut, daß sie niemals zur Rechenschaft gezogen werden können, auch wenn Legionen von Gendarmen und Soldaten sie verfolgen. Sie werden von hier aus nach Hamadan kommen. Der Weg dorthin führt an einem steilen Berggang vorbei, und gerade an dieser Stelle könnten Sie von den

Banditen überfallen werden. Ich kann Ihnen keine Truppen mitgeben, denn sie sind zu unzuverlässig oder gar Komplizen der Bergbewohner. Sie verstehen mich, meine Herren! Auf eins aber möchte ich Sie besonders aufmerksam machen; werden Sie überfallen, greifen Sie nicht zu den Waffen, sonst sind Sie verloren! Lassen Sie sich getrost ausplündern, man wird Ihr Leben in diesem Fall schonen, und fahren Sie schleunigst weiter. Sie können dann in voller Sicherheit den Weg bis Hamadan zurücklegen.“

Er brach ab und stand auf, da auch seine Nargileh kalt geworden war.

„Machen Sie es sich auf diesen Divanen hier bequem und Allah schütze Ihren Schlaf!“ sagte er und verließ das Zimmer mit tiefer Verbeugung. Auf seinen Lippen stand ein Lächeln.

Wir fühlten uns nicht sonderlich in Sicherheit, aber die Müdigkeit übermannte uns, und unser Wecker zeigte schon auf 1/8 Uhr morgens, als wir erwachten. Lautlos schlich der Diener herein und fertigte uns einen Tee. Dann übergab er uns unsere Reisepässe und einen Brief, in dem unser Gastgeber uns zu seinem Bedauern mitteilte, nicht persönlich von uns Abschied nehmen zu können, da in den Bergen in der Nacht wieder eine Mordtat begangen worden sei, und er als Polizeibeamter gezwungen wäre, seinen Pflichten nachzugehen.

Wir verließen nun das gastfreundliche Haus, erhielten unverfehrt unser Auto und machten uns auf den Weg. In der Nacht war ein wenig Schnee gefallen, und wir hatten große Mühe, vorwärtszukommen. Die Räder griffen nicht gut, das Auto glitt bald nach rechts, bald nach links auf dem schmalen Wege, aber es ging doch, wenn auch langsam, immer vorwärts. Wir kamen höher und höher.

Wir legen euch einmal die Rechnung vor . . .

Morgens um sieben. Beim Dämmerlichte Klettern dunkle Gestalten Ueber Drahtgestrüpp, Latten und Steine; Trotz Regen, Sturm und ander Gewalten Besteigen sie das steile Gerüst!

Die Räder klappern, der Aufzug schnurrt. Breitbeinig stemmt sich der Träger. Er spuckt in die Hände und knurrt: „Verflucht, schon wieder beginnt dieses Plagen!“ Darauf lächelnd der Kalkschläger: „Ja, mein Junge, du bist eben geboren zum Tragen!“

Da erhellt sich des Trägers ernstes Gesicht. Es straffen sich Arme und Hände. Auf seinen Rücken lädt er die Last und spricht: „Ja, das ist nun mal so! Sollen wachsen die Wände, Kann ich mich nicht räkeln auf Strohl! Dazu ist später noch Zeit, Wenn der Bau vollendet.“

Zum Beispiel im Winter, wenns friert und schneit. Oder wenn man mich sonst zum stempeln bestellt, Wenn irgendwo die Arbeit beendet. Fürs Faulenzen zahlt der Krauter kein Geld!“

So schafft er mit emsigem Fleiß, Den Aufzug von seiner Last zu befreien. In seinem Gesicht perlt salziger Schweiß, Ihn abzuwischen ist keine Zeit auf dem Bau. Er läuft. Gleich darauf hört man ihn schreien: „Achtung!“ Ein Poltern. Und die Steine liegen haargenau.

So wirft er mit treffender Sicherheit Kasten auf Kasten ab, ohne sich zu wenden. Und die Steine formen sich mit der Zeit Zu mächtigen, kunstvollen Quadern Durch des Maurers Fleiß und Geschäftigkeit . . .

Und die Menschen, die sich hier schinden Und Stein auf Stein zu Wänden schichten, Damit andere ein Obdach finden In freundlichen Häusern mit lichtvollen Räumen, Sie wohnen selber in elenden Löchern, Fern von Wiesen und schattenspendenden Bäumen.

Inzwischen sitzen an anderer Stelle Bei Spiel und vollem Becher In des Wirtshauses geräumiger Halle Menschen, wohlgenährt, Die kannegießend sprechen: „Ja, ja, die Welt ist heute verkehrt!“ Aber, das alles ginge noch Und die Wirtschaft würde sich heben, Wären die Löhne niedriger Und die Soziallasten nicht so hoch. Wird die Zwangswirtschaft abgeschafft, Dann werden wir's bald erleben, Daß es dann um uns besser steht, Daß es dann in der Bauwirtschaft vorwärts geht Mit aller Kraft . . .“

Der Mann vom Bau lächelt. Er macht ein Gesicht Und denkt: Wenn das eure ganze Weisheit ist, Dann ist das alter, abgestandener Kohl Und längst begrabener Mist. Ach, wie sind eure Köpfe so hohl! Aber einmal kommt doch eine andere Zeit, Dann klingt es euch anders ins Ohr. Und dann sind wir gerne bereit, Euch zu zeigen, daß es auch anders geht. Aber dann legen wir zugleich auch die Rechnung vor — Und glaubt uns, daß die dann zu Recht besteht!

Otto Duske.

„Habt ihr eure Waffen in Ordnung gebracht?“ fragte ich meine beiden Reisegefährten. „Ich traue diesem Frieden nicht ganz, und sollten wir überfallen werden, so will ich eher auf meinen Revolver, als auf die Einsicht dieser Banditen mich verlassen.“

In diesem Augenblick fiel ein Schuß und dann mehrere . . . eine ganze Salve. Ich hielt den Wagen an, sprang heraus und wollte gerade meinen Revolver hervorholen, als eine kräftige Faust meinen Arm ergriff. Wie aus dem Boden gestampft standen drei verwegene aussehende Männer vor uns. Auch meine Reisegefährten wurden von ihnen festgehalten. Wir standen gerade unter den „Felsen des Darluz“. Angeblich sollen diese Klippen die Häupter großer persischer Könige darstellen. Jetzt waren die Bergspitzen mit Schnee bedeckt, und man konnte die Silhouetten nicht erkennen. Im Tale tief unten lag ein kleines Kurdbendorf, dessen Einwohner vor ihren einfachen Häften standen. Sie schienen die Schiffe gehört zu haben. Weit in der Ferne sah man die dunklen Konturen einer größeren Stadt: Hamadan, das wir heute abend erreichen sollten.

Mehrere Banditen hatten im Nu unser Auto umstellt. Ein riesiger, gefährlich dreinschauender Bergbewohner umklammerte meine Hände. Seine Muskeln waren von Eisen, und ich fühlte mich von seinen Griffen wie gelähmt.



„Und nichts für ungut, meine Herren! Allah leite Sie glücklich auf Ihrem Wege!“

Anderer Banditen richteten den Lauf ihrer altmodischen Gewehre auf uns. Einige Augenblicke lähmender Angst vergingen, dann ertönte eine mächtige Stimme hinter den Felsen:

„Sucht das Reisegepäck und die Taschen durch, nehmt Waffen und Patronen, sowie Wertgegenstände und Geld ab und schafft alles beiseite!“

Lautlos und mit unbemerkter Geschwindigkeit wurde dieser Befehl ausgeführt. Unsere Koffer wurden aufgerissen und durchwühlt, unsere Revolver und Wertgegenstände fortgenommen und sofort weggeschafft.

„Laßt die Reisenden los,“ befahl dieselbe Stimme. Der Mann ließ von meiner Hand ab, befehlte mich aber immer im Auge. Der Banditenführer beschäftigte hinter dem Felsen die Beute und schien damit vollauf zufrieden zu sein. Er kam aus seinem Versteck hervor. Es war ein hochgewachsener Mann, doch war das Gesicht mit einer Maske verdeckt. Er hob die Hand zum Gruße und rief in der Landessprache:

„Die Herren können jetzt weiterfahren! Ich behalte nur zwei Waffen, die Kleider und die Wertgegenstände. Einen Revolver sollen Sie zurückbekommen, laßt der Munition. In dieser Gegend soll man immer eine Waffe bei sich führen! Und nichts für ungut, meine Herren! Allah leite Sie glücklich auf Ihrem Wege!“

Er erhob wieder seine Hand zum Gruß und verschwand hinter dem Felsen. Seine Leute folgten ihm. Ich gab dem Auto Gas, und wir rasteten auf dem getretenen Boden rasch vorwärts. Die kurze Strecke bis Hamadan wechselten wir, vom Schreck noch wie gelähmt, kein Wort. Als wir dann in der Stadt ankamen, um unsere Reisepässe vorzuzeigen, wandte ich mich endlich an meine Reisegefährten und fragte:

„Wißt ihr auch, wem wir dieses Abenteuer zu verdanken haben, wer uns unsere Wertgegenstände abgenommen hat?“ Sie sahen mich fragend an.

„Nun, der frühere hohe Beamte von Kormanschah, unser deutschsprechender Gastgeber!“

„Unmöglich!“ riefen die beiden, „wie kannst du bloß darauf kommen?“

„Habt ihr nicht, als wir bei ihm zum Essen eingeladen waren, den herrlichen Diamantring an seinem Mittelfinger wahrgenommen? Ja! Nun, der Mann, der hinter dem Felsen stand, war niemand anders als unser Gastgeber. Er hatte wohl sein Antlitz mit einer Maske unkenntlich gemacht, aber beim Gruß sah ich den Ring an seiner Hand.“

Wie man's auch macht . . .

Arzt: „Sie dürfen eben Ihrem Mann keinen starken Kaffee geben, davon wird er zu aufgereggt!“

„Ja, Herr Doktor, aber wenn ich ihm dünnen Kaffee gebe, regt er sich auch auf.“

Schutz dem Verbraucher!

In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ erörtert vor kurzem Paul Lange das leidige Thema vom mißhandelten Verbraucher wie folgt: Deutschland ist das Land der größten Arbeitslosigkeit und der höchsten Lebensmittelpreise. Darum wird auch hier soviel vom Preisabbau geredet. Was geschieht aber? Die deutschen Lebensmittelpreise entsprechen nicht der Marktlage, sondern sind von dem Minister Schiele, der sich Minister für Ernährung und Landwirtschaft nennt, künstlich in die Höhe getrieben und künstlich hochgehalten worden. Dieser Minister verdient, Minister gegen Ernährung und für Landwirtschaft genannt zu werden. Dem deutschen Volke wird künstlich verwehrt, billigen Roggen und billigen Weizen zu verzehren. Der Weizen in Deutschland ist dreimal so teuer als auf dem Weltmarkt, der Roggen ist um mehr als das Doppelte teurer. Dies ist erreicht worden durch hohe Zölle. Da aber die Zölle allein nicht genügen, um die Preise auf der jetzt vorhandenen Höhe zu halten, veranstaltete der Minister gegen Ernährung und für Landwirtschaft in dem vergangenen Jahr wieder eine grandiose Roggenpekulation, die man schamhafterweise „Roggenfütterung“ nennt. Auch das genügt den Großagrariern noch nicht; man machte außerdem große Mengen des Roggens für die menschliche Ernährung durch Gosh unbrauchbar, und von dem verbleibenden Roggen vernichtete man weitere 10 % durch die Vorschrift, daß der Roggen nicht mehr zu 70 %, sondern nur noch bis zu 60 % für den menschlichen Bedarf ausgemahlen werden dürfe.

Nachdem alles dies geschehen, veranstaltete der Minister gegen Ernährung und für Landwirtschaft eine Irreführung der Öffentlichkeit durch sein Gerede über den „Preisabbau“. Er stürzte sich mit seinen Gehilfen auf die Preispanne im Einzelhandel. Gewiß ist es richtig, daß der Einzelhandel viel zu viel scheinselbständige Erfindungen beherbergt, die von ihm leben wollen. Das wirkt preis-erhöhend, wobei diese Preisüberhöhung oft nicht in der Geldsumme, sondern durch Qualitäts- und Quantitätsverschlechterungen zum Ausdruck kommt. Ganz unsinnig ist es aber, anzunehmen, daß man aus der Verdienstpanne des Einzelhandels die ungeheuren Summen wieder herausziehen könne, die den Verbrauchern durch Zölle, Roggenpekulationen usw. vorher aufgehaßt worden sind. Der Einzelhandel und auch die Konsumvereine können selbstverständlich Waren, die sie zu dem dreimal überhöhten Inlandpreis einkaufen müssen, nicht zu dem dreimal niedrigeren Weltmarktpreise verkaufen. Je mehr den Großagrariern Geschenke gemacht werden, desto anspruchsvoller werden sie. Ganz richtig hat Reichsfinanzminister Dr. Dietrich gesagt, die Leberpannung der Forderungen der Grünen Front berge die Gefahr in sich, daß zum Schluß die ganze Bevölkerung gegen die Landwirtschaft eingenommen werde. Es ist höchste Zeit, daß den agrarischen Zölpfpolitikern ein „bis hierher und nicht weiter!“ zugerufen wird.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind: das Abbruchgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamitfabrik bei Geesthacht, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Firma Wenzel Schwab in Embden wegen Tarifbruch; für Deckenrohrer die Firma Paul Wanika in Hannover wegen Nichtanerkennung des Tariflohnes; wegen Nichtzahlung des Tariflohns die Regiearbeiter der Mineralöl- und Asphaltwerke in Ostermoor bei Brunsbüttelkoog (Baugewerkschaft Ichebe). — Im Abwehrkampf stehen vielerorts die Kollegen im Freistaat Sachsen, in Sachsen-Anhalt, in Thüringen, in Württemberg, in Westfalen und in Groß-Berlin und Saarbrücken.

Fliesenleger: In Nürnberg sind die Fliesenleger wegen Lohnunterschieden ausgesperrt.

Isolierer: Gesperrt ist die Isolierfirma Ritter, Kiel, Hafensstraße, wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

Töpfer: Gesperrt sind: In Halle/S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnigke und Emil Böhme, in Schwerin in Mecklenburg die Firma Brockmann, Ofenfabrik und Sehggeschäft.

Aus den Baugewerkschaften

Allenstein. In unserer Jahresvertreterversammlung am 1. März gedachte Kollege Nikella zunächst der verstorbenen Kollegen. Darauf gab Kollege Geisler den Jahresbericht. Die Baufähigkeit im verflochtenen Jahre war sehr gering. Erst sehr spät kam sie in Gang. Fast 50% unserer Mitglieder waren ständig arbeitslos. Im Berichtsjahr wurden 33 635 Vollbeiträge, 50 747 Verwaltungsmarken, 2464 Jugendmarken und 826 Freimarken umgeseht. Unter der Arbeitslosigkeit hatten die gelehrten Kollegen am meisten zu leiden. Die Jugendbewegung und das Baudelegiertenwesen lassen noch viel zu wünschen übrig. Vor den Arbeitsgerichten wurden insgesamt 139 Klagen durchgeführt. Die eingeklagte Lohnsumme beträgt 13 257,75 M. Ein schöner Erfolg! Neben diesen Klagen wurden noch große Erfolge im Spruchverfahren vor den Arbeitsämtern erzielt. Auf das schädigende Treiben der RGO. wurde besonders hingewiesen. Die Kollegen wurden gewarnt, sich an den Veranlassungen der RGO. zu beteiligen. Einer Entschließung gegen die RGO. stimmte die Vertreterversammlung zu. — Der Kassenbericht lag den Vertretern gedruckt vor. Für die Bundeskasse wurden 50 812,17 M. eingenommen und 48 925,76 M. ausgegeben. An Erwerbslosenunterstützung wurde an 566 Mitglieder insgesamt 25 797,80 M. ausgezahlt. Die Baugewerkschaftskasse hatte eine Einnahme von 23 061,06 M. und eine Ausgabe von 22 675,63 M. Die Mitgliederbewegung war stabil. Der bisherige Vorstand wurde fast einstimmig wiedergewählt. — Darauf berichtete Kollege Kinaf über die Verhandlungen um einen Reichstarifvertrag.

Annaberg. In unserer Vertreterversammlung am 1. März sprach Kollege Richter vom Bezirksvorstand über die Lage im Baugewerbe und den Stand unserer

Lohn- und Tarifverhandlungen. In einem einstimmig angenommenen Antrag wurde dem Bundesvorstand aufgegebener, er möge mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, auf die Preisherabsetzung der Lebens- und Bedarfsartikel hinzuwirken. Dann gab Kollege Ruffloff den Geschäftsbericht. Die Baufähigkeit im Bezirk war nur halb so gut wie im vorausgegangenen Jahre. Deshalb war die Arbeitslosigkeit bei uns riesengroß. Jedes Mitglied war bei uns durchschnittlich an 174,1 Tagen erwerbslos, 5,12 Tage erwerbsunfähig, und nur an 122,77 Tagen in Arbeit. Die Mitgliederzahl ging etwas zurück; sie betrug am Jahreschluß 1298. Infolge der schlechten Beschäftigungsmöglichkeit der Lehrlinge leidet die Ausbildung ungemein. Die Arbeiten in den Bauabenden sind beachtlich, sie ersetzen zum Teil das auf dem Bau Versäumte. So muß die Organisation zum Teil den Lehrmeister ersetzen. Mit der Ferien-gewährung sind noch viele Baugeschäfte im Rückstand. Ferner mußten viele Lohnstreitigkeiten geschlichtet werden. An drei Pleiten sind auch Kollegen und zwar 32 beteiligt. Die Akkordarbeit konnte im allgemeinen zurückgedrängt werden, jedoch wurde in einigen Fällen Prämienarbeit geleistet. Die neuen Bauarbeiterschutzbestimmungen haben noch weniger Beachtung gefunden als die alten, trotzdem schimpfen die Unternehmer darüber. Beschwerden und Klagen bei den baupolizeilichen Behörden waren deshalb unvermeidlich. Die tarifliche Arbeitszeit wurde hin und wieder auch überschritten. Auch hier mußten die Behörden einschreiten. Von den eingeklagten 1944 M. Lohnforderungen konnten die Kollegen bisher erst 845 M. erhalten. Auch sonst zeigte der Bericht des Kollegen Ruffloff, daß in dieser schlechten Zeit im verflochtenen Jahre viel Arbeit geleistet werden mußte. — Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Ein Antrag der sogenannten Opposition, zum kommunistischen Kampfkongreß eine Vertretung zu entsenden, wurde abgelehnt. Von 70 Delegierten glaubten 15, allerdings zögernd, den Anhängern der RGO. folgen zu müssen, was allgemeine Heiterkeit hervorrief. Die Ausgaben für Unterstützungen waren höher als die Einnahmen an Beiträgen. Aus der Bundeskasse mußten etwa 12 000 M. zugeschoffen werden. Auch die Lokalkasse verringerte sich in ihrem Bestand um 2700 M. Trotz der schlechten Zeit sehen wir der Zukunft kampfesmutig entgegen und werden die Organisation auch in diesen schlechten Zeiten hochzuhalten verstehen.

Büchtligen Zahlern fällt der Beitrag leicht!

Für die Woche vom 5. bis 11. April ist der 15. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

Halberstadt. Unter starker Beteiligung der Zahlstellen wurde am 8. März der Vertretertag unserer Baugewerkschaft abgehalten. Nach Ehrung der verstorbenen Kollegen gab Kollege Wille den Jahresbericht. Die Wahl des Kollegen Schröder zum Geschäftsführer wurde einstimmig bestätigt. Trotz großer Arbeitslosigkeit ist die Mitgliederzahl um 217 gesteigert worden. Ueber die Bewegung in den Zahlstellen und über durchgeführte Klagen konnten gute Erfolge berichtet werden. In der Aussprache wurde über zu starke Lehrlingshaltung geklagt. — Das Vertrauen zur Leitung der Baugewerkschaft kam durch einstimmige Entlastung und Wiederwahl des Vorstandes und Beirats zum Ausdruck. Nach einem Vortrag des Bezirksleiters, Kollegen Koch, Magdeburg, wurde eine Entschließung angenommen, in der mit Entrüstung von den Lohnabbaubestrebungen des Arbeitgeberverbandes Kenntnis genommen wird. Die organisierten Bauarbeiter sind nicht gewillt, die von brutaler Unternehmerwillkür diktierten Vorschläge anzunehmen. Die Nachgelüste der Unternehmer müssen energig zurückgewiesen werden.

Hildesheim. In unserer Vertreterversammlung gab Kollege Weper den Geschäftsbericht. In der besten Zeit des Jahres 1930, im August, waren 15 % unserer Mitglieder erwerbslos, im März 40 % und am Schluß des Berichtsjahres 50 %. Ferien haben nur 25 % unserer Kollegen erhalten, von den Jugendlichen 17 %. In 13 Fällen mußte das Arbeitsgericht angerufen werden. An Arbeitslosenunterstützung wurden 20 274 M., Krankenunterstützung 4557 M., Alters- und Invalidenunterstützung 2179 M. in Sterbefällen 1221 M. an Streikunterstützung 261 M. verausgabt. Den Bericht der Bauarbeiterschuttkommission gaben die Kollegen Weper und Bode. Es ereigneten sich 57 Unfälle. Gewünscht wurde, daß Kollege Bode, der nur für den ländlichen Bezirk als Baukostenkontrollier tätig ist, für den Stadtbereich angestellt wird. — Nach kurzer Aussprache gab der Bezirksleiter Drexel einen Bericht über die Lohnverhandlungen.

Löbau. In unserer Jahreshauptversammlung am 8. März gab, nachdem sich die Anwesenden zu Ehren der verstorbenen Mitstreiter von den Plätzen erhoben hatten, Kollege Herold den Geschäftsbericht für das Jahr 1930. Nachdem er sich eingehend über die weltwirtschaftlichen und politischen Probleme verbreitet hatte, stellte er als Folge der deutschen Wirtschaftspolitik fest, daß wir auch in unserem Baugewerkschaftsgebiet selbst im Hochsommer 55 % Arbeitslose hatten. Nur etwa die Hälfte der Bauarbeiter haben die zehnwöchige Anwartschaft auf Erwerbslosenunterstützung erfüllen können. Alle übrigen befanden sich in der Wohlfahrtsfürsorge, da die Krisenunterstützung vom 3. November 1930 für viele unserer Kollegen zu spät kam, weil sie schon seinerzeit seit Monaten ausgezahlt waren. Die Geltungsdauer der Tarifverträge für die Hauptberufsgruppen wurde verlängert. Ofenscherer und Fliesenleger konnten trotz der Krisenzeit nennenswerte Verbesserungen erzielen. Saumseligkeit der Kollegen und Hartnäckigkeit der Unternehmer, die Tarifverträge nicht respektieren zu wollen, führten zu 16 Klagen vor den Arbeitsgerichten, wovon eine am Reichsgericht und zwei vor den Landesarbeitsgerichten ausgetragen wurden. Insgesamt sind für unsere Kollegen 5197 M. herausgeholt worden. Auch vor den Spruchinstanzen der Sozialversicherung hat unsere Geschäftsleitung viele Vertretungen übernommen. Dadurch wurden weitere 1196 M. herausgeholt. Außerdem wurden noch eifrig Vertretungen entsprechend § 90 SVD. vor Straf- und Zivilgerichten wahrgenommen. An den Baustellen fehlt es leider noch zu oft an der nötigen Aktivität. Die Diskussionen über Gehaltsfragen scheinen manchmal den Kollegen wichtiger und segensreicher zu sein als eine sachliche Aussprache über soziale und lohnpolitische Fragen. Das Versammlungsleben war reger. Die Mitgliederzahl hielt den Stand vom Jahr

zuvor mit 1700 Mitgliedern. Im Berichtsjahr sind 60 Neuaufnahmen gemacht worden. Wenn auch einige Kollegen, besonders im Baugeschäft P. Schubert, Löbau, auf dem Standpunkt stehen, daß die Wahl von Baudelegierten Luxus sei, so haben doch immerhin 98 Kollegen sich bereitwillig in den Dienst der Sache gestellt. Es wurde auch ganz gut gearbeitet, wenngleich künftig noch besser gearbeitet werden muß. — Der Vorstand wurde wiedergewählt. Bezeichnend war, daß die Oppositionsleute gegen ihren bereits im Vorstand befindlichen Mann stimmten. Eine Entschließung zur Frage der Arbeitsbeschaffung und eine zur Frage der Bezahlung der Wohlfahrtsarbeiter sowie ein Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich wurden einstimmig angenommen. Der Verlauf der diesmaligen Vertreterversammlung sprach angenehm gegen die vorhergehenden ab. Alle Redner waren auch in der Kritik bemüht, sachlich zu sein. Es wurden zwar auch einige Steckenpferde geritten, aber überzeugen konnte dies nicht. Kollege Leipzig vom Bezirksvorstand sprach zum Schluß über die Tarif- und Lohnverhandlungen.

Mannheim. Unsere Jahres-Vertreterversammlung war gut besucht. Es wurde zunächst des Ablebens von 33 Kollegen, darunter einiger langjähriger Funktionäre unseres Bundes, gedacht. Auch in unserer Baugewerkschaft wirkte sich die Krise katastrophal aus. Von 5400 Mitgliedern waren am Beginn des Berichtsjahres 3332 und am Schluß 3137 arbeitslos. Und das, trotzdem in Mannheim und Ludwigshafen noch über 7000 Wohnungen fehlen. An Beitragsmarken wurden im Berichtsjahre 62 000 weniger umgeseht als im Vorjahr. Für Unterstützungen aller Art wurden 162 810, — M. ausgegeben. Da die Einnahmen aber nur 132 901, — M. betrugen, mußte die Bundeshauptkasse 29 909, — M. zuschießen. Leider hatten wir einen Rückgang in der Mitgliederzahl um 2,6 %. Für die Gipser und Stukkateure war es nicht möglich, einen Bezirksstarifvertrag abzuschließen, weil der Unternehmerbund auf dem merkwürdigen Standpunkt steht, daß die Unternehmer im Winter zahlen könnten, was sie wollten, angeblich, damit das Baugewerbe in Gang kommt. In der Steinzeugfabrik Friedrichsfeld arbeiten unsere Kollegen schon über ein Jahr verkürzt. Mit Hilfe des Schlichtungsausschusses und des Landesrichters gelang es, einen neuen Vertrag abzuschließen. Trotzdem nehmen die Differenzen kein Ende. Seit einigen Jahren sind in dieser Fabrik drei Direktoren (vor dem Krieg war es einer). An der Spitze steht ein wegen vorgerückten Alters abgebaute pensionierter Professor, der zu seiner Pension von über 9000 M. noch 43 000 M. Gehalt bezieht. Er ist natürlich der berufenene Mann, über Not zu klagen und Löhne und Akkorde abzubauen. In unserer Jugendabteilung ging es vorwärts, obgleich sich einige Kollegen, die auf der Bundeschule waren, von der Arbeit drücken. Die vielen Klagen und Differenzen, durch die die Geschäftsleitung in Anspruch genommen war, kennzeichnen ebenfalls die schlechte Konjunktur. Langanhaltende Arbeitslosigkeit hat einige Kollegen müde gemacht. Daher kommt es auch, daß die Geschäftsleitung auf den meisten Baustellen Baudelegierte hat einsehen lassen müssen. Die Kollegen sollten wirklich etwas mehr Kampfesgeist zeigen. Die politischen und persönlichen Stänkereien einiger Kaufleute, die es schon immer gab, haben dazu beigetragen, daß die Werbearbeit auf den Baustellen oftmals gehemmt wird.

Marienwerder. Wir hielten am 15. März in Riese-burg unsere Vertreterversammlung ab. Nachdem das Andenken der im Berichtsjahr verstorbenen 11 Kollegen geehrt war, wurde der Geschäftsbericht gegeben. Die Baufähigkeit war 1930 sehr schlecht. Außer einigen Schulneubauten waren es nur noch Siedlungsbauten. Die Arbeiten an der Heil- und Pflegeanstalt mußten, da Reich und Staat ihre Zuschüsse zurückhielten, gänzlich eingestellt werden. Dadurch wird das Bauprogramm von 15 Millionen auf 6,5 Millionen beschränkt. An Stelle der vorgeesehenen 1800 Betten wird nur Raum für 600 Betten geschaffen. Durch unsere Jufistik ermittelten wir eine Beschäftigtenzahl von 839, davon waren im Baugewerksbund 766 organisiert. Auch hierbei kam die große Arbeitslosigkeit zum Ausdruck, denn unsere Mitgliederzahl beträgt allein 1750. Für die Hauptkasse wurden 25 226 M. eingenommen, dagegen aber 30 220 M. ausgegeben. An Arbeitslosenunterstützung wurden 27 090 M. und an Krankenunterstützung 944 M. ausgezahlt. Trotz der äußerst schlechten Baufähigkeit weist die Lokalkasse noch einen Bestand von 4137 M. auf. Im Jahres-durchschnitt wurden je Mitglied 19 Vollbeiträge abgeseht. Einen so geringen Umsatz haben wir noch nie gehabt. Die Unternehmer versuchten mit Hilfe einiger indifferenten Kollegen, die schlechte Baufähigkeit bei den Tarifverhandlungen auszunutzen und forderten einen Lohnabbau bis zu 26 %. Beim Arbeitsgericht wurden 10 967 M. vorenthaltene Löhne eingeklagt, davon 6151 M. mit Erfolg. Einige Klagen schweben noch. — Bezirksleiter Kollege Kinaf hielt darauf einen Vortrag. In den Vorstand der Baugewerkschaft wurden zwei Kollegen neu und im übrigen der bisherige Vorstand wiedergewählt.

Nowawes. (Abschied von einem treuen Kämpen.) Waldemar Heidenreich ist nicht mehr. Was an ihm sterblich war, wurde am 28. März Allmutter Erde übergeben. Nun ruht er aus von der Arbeit und vom Kampf um ein besseres Dasein des Proletariats. Waldemar hat ein Alter von 66 Jahren erreicht. Er starb nach etwa sechsjährigem Krankenlager am 25. März an Asthma. 1894 trat er dem Zentralverband der Maurer bei. Er war Mitbegründer des Zweigvereins und seit der Gründung bis zum Jahre 1920 fast ununterbrochen unser Vorsitzender. Auch bei den Anfängen der sozialistischen Bewegung an unserem Ort war er mit am Werke. Lange Zeit war er Bezirksführer der Partei. Krankheit zwang ihn, der Bewegung fernzubleiben. Nun hat der Tod ihn erlöst. Viele Kollegen und Genossen gaben ihm das letzte Geleit, an dem seine Lebensgefährtin wegen schwerer Krankheit nicht teilnehmen konnte. Reiche Kranzspenden zeugten von der Verehrung, die der Entschlafene genoß. Das rote Banner, unter dem unser Waldemar kämpfte, senkte sich über die Gruft. „Das Banner steht, wenn der Mann auch fällt.“ Ihm nachzueifern, das soll unser Dank sein.

Offenburg. In der Vertreterversammlung am 1. März gab Kollege Verb den Geschäftsbericht. Wenn wir uns in der Jahresversammlung des Berichtsjahres 1929 der Hoffnung hingaben, daß das Baujahr 1930 besser werde, müssen wir heute feststellen, daß das Gegenteil eingetreten ist. Noch in keinem Jahr war die Baufähigkeit so schlecht als 1930. Wäre nicht Arbeitslosigkeit in Straburg vorhanden gewesen, dann wäre die Beschäftigung noch viel schlechter gewesen. Die private Baufähigkeit war

sehr schlecht. Die Naziführer haben im Bürgerausschuß bei der Frage der Erstellung von städtischen Neubauwohnungen, die lediglich für Arbeiter bestimmt sein sollten, erklärt, solange noch eine Wohnung leer stehe, werde ihre Fraktion nicht für ein Bauvorhaben stimmen. — Dabei können die noch leerstehenden Wohnungen von Arbeitern überhaupt nicht bezogen werden, weil die Mietpreise zu hoch sind. Die Arbeiterschaft, insbesondere die Bauarbeiter, mögen sich bei dieser Ausharberpartei bedanken. — Entsprechend der schlechten Bauqualität wirkten sich auch die Kassenverhältnisse aus. Die Einnahme war geringer, die Ausgaben aber größer. Durch Klagen vor dem Arbeitsgericht sind 1769,57 M herausgeholt worden. Leider gingen durch zahlungsunfähige Unternehmer 466,38 M Arbeitslohn verloren. Der bisherige Vorstand wurde mit Ausnahme des stellvertretenden Kassierers einstimmig wiedergewählt.

Wina. Unsere Vertreterversammlung am 8. März stand völlig im Zeichen der furchtbaren Wirtschaftskrise, die auch im Geschäftsbericht zum Ausdruck kam. Die Bauqualität und demzufolge der Beschäftigungsgrad waren ungenügend. Private Bauten gab es im Berichtsjahr nur in vereinzelten Fällen. Bei einem Mitgliederstand von 2650 betrug der niedrigste Arbeitslosenstand in der Baugewerkschaft am 25. August 1930 und der höchste am 24. Februar 1931. Die Art der Vermittlung von Arbeitern nach offenen Stellen entsprach vielfach nicht dem Wunsch unserer Kollegen. Wir stellten wiederholt fest, daß die Einstellung nicht nach dem Grad der Bedürftigkeit und der Fachkenntnis, sondern nach den Anweisungen der jeweiligen Arbeitgeber vorgenommen wurde. Der Mitgliederzugang betrug im Berichtsjahr 185, dem aber ein Abgang von 458 gegenüberstand. Am Jahresluß hatten wir einen Mitgliederstand von 2653. Der Zugang könnte weit höher sein, wenn alle unsere Kollegen stets ihre Pflicht täten und vor allen Dingen die blödsinnige kommunistische Gewerkschaftsbekämpfung den professionmäßigen Drückberatern ihr Treiben nicht gar zu sehr erleichtert hätte. Der Abgang an Mitgliedern setzt sich zum größten Teil aus auswärtigen Arbeitskräften zusammen, die nach der Hochwasserkatastrophe bei den Arbeiten im Gottleuba- und Mügglitzal herangezogen wurden, und die jetzt wieder das Gebiet verlassen, weil die Arbeiten beendet sind. Den zurzeit grassierenden Lohnabstimmeln bekamen auch unsere Löhnerkollegen zu spüren. Durch wiederholte Betriebsbeschränkungen und Stilllegungsandrohungen verspürten diese Kollegen deutlich die Ungunst der Wirtschaftslage. Viel Mühe, Geduld und Kosten erforderte die Jugendpflege. Welchen Schuß gerade die Jugendlichen in unserem Bunde haben, zeigt die Tatsache, daß in unserer Baugewerkschaft allein 27 Jugendstreikfäden vor den Schlichtungsinstanzen, Behörden und Gerichten, und zwar meistens mit Erfolg, ausgetragen wurden. Mit Hilfe des Arbeitsgerichts verhalfen wir vielen Kollegen zu ihren Tariflöhnen. Einige ehemalige Kollegen bemühten sich ganz besonders um das Zustandekommen einer A.O.-Zelle, was zur Folge hatte, daß die Nazis etwas munterer werden. Auf Baustellen, wo sich die A.O.-Einheitsfrontapostel breitmachen, waren natürlich Baudelegierte ein längst überwundener Begriff. Selbstverständlich ist, daß auf diesen Baustellen der Unternehmer seine alten Herrenstandpunktreden herausstreckt. — Der gedruckte vorliegende Kassenbericht ergab ein den Verhältnissen entsprechendes Bild. In Unterstützungen aller Art wurden insgesamt 64 446 M ausgezahlt. Die Geschäftsleistung wurde einstimmig entlastet und die bisherigen Vorstandsmitglieder sowie die Revisoren, abgesehen von einer Ausnahme, einstimmig wiedergewählt. Der hierauf gegebene Bericht über die bisherigen Lohn- und Tarifvertragsverhandlungen zeigte, daß das Bauunternehmertum gewillt ist, rückwärts zu gehen, ungenügende Wirtschaftslage auszunutzen, was unter den Anweisungen der Enfristung hervorsteht. Die Versammlung brachte zum Ausdruck, alles daransetzen zu wollen, um unseren Bund auch über diese schwere Zeit unerschütterlich hinwegzubringen.

Sensfenberg. In der von allen Jahrestellen beschickten sehr gut verlaufenen Vertreterversammlung am 1. März wurde zunächst der im Berichtsjahr verstorbenen Kollegen gedacht. Hierauf ergänzte Kollege Raabe den schriftlich vorliegenden Geschäftsbericht. Sämtliche Fachgruppen unserer Baugewerkschaft litten infolge der Krise unter einer ungeheuren Arbeitslosigkeit. Eine Anzahl Facharbeiterkollegen haben im Berichtsjahr überhaupt keine Arbeitsstelle finden können. Lediglich in Sensfenberg war eine verhältnismäßig günstige Bauqualität, was sowohl auf die sozialdemokratische Mehrheit im Stadtparlament als auch auf die sehr geschickte Verwaltungstätigkeit des Bürgermeisters, Genossen Lindemann, zurückzuführen ist. Auch bei der Märktischen Kassegesellschaft Kirchhain sind trotz Ansturm der Unternehmer die Lohnsätze gehalten worden. Trotz schlechter Arbeitsfähigkeit blieb die Mitgliederzahl stabil, wenngleich auch der gesamte Markenumsatz von 87 357 auf 83 618 zurückging. Der Umsatz an Vollbeiträgen ging um 17 749 zurück, dagegen stieg der Umsatz an Verwaltungsstellen von 25 044 auf 39 530. Auf je ein Mitglied entfielen 27,2 Vollbeiträge und 24,8 Verwaltungsbeiträge. In den Jahrestellen Hoyerwerda, Petershain, Kätschen und Welzow war gegenüber dem Jahre 1929 der Markenumsatz höher. Für die Hauptkasse wurden 68 908 M eingenommen, für Unterstützungen wurden 40 788 M ausgezahlt. Der Einnahme der Lokalkasse von 33 553 M steht eine Ausgabe von 20 135 M gegenüber. Die Arbeit in der Jugendgruppe war sehr reger. Auf der Vertreterversammlung zeigte sie in einer Ausfertigung den Vertretern ihre Modelle und erntete begeisterte Anerkennung. — Zum Tarifvertrags- und Lohnkampf sprach Kollege Böser, Berlin. In einer einstimmig angenommenen Entschließung sprach die Vertreterversammlung dem Bundesvorstand für seine Stellungnahme im Kampf gegen die Zerstörer der Bundeseinheit sowie für seine tatkräftigen Bemühungen, die zur Einbeziehung der Bauarbeiter in die Krisenunterstützung führten, das vollste Vertrauen aus. In einer zweiten Entschließung spricht die Versammlung der Verhandlungskommission sowie dem Bundes- und Bezirksvorstand für die Vertragsverhandlungen ihr Vertrauen aus. — Die Aussprache ergab völlige Übereinstimmung der Funktionäre mit der Geschäftsleitung. Im Auftrage der Jugendabteilung überreichte unser Jugendleiter, Kollege Falken, einen von der Jugendabteilung selbstgefertigten Obelisk. Die Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder. Im Kampf gegen das verbrecherische Verhalten der A.O. sind sich alle unsere Vertreter einig, daß gegen diese Gesellschaft mit allen Mitteln angegangen werden muß.

Aus den Fachgruppen

Stukkateure und Putzer.
Reutlingen. Am 29. März hielt unsere Fachgruppe in Tübingen ihre Jahresgeneralversammlung ab. Der Obmann, Kollege Henne, gab einen kurzen Bericht, der vom Geschäftsführer noch ergänzt wurde. Die Fachgruppe ist im Geschäftsjahr wieder vorwärtsgekommen. Die Zahl der Lehrlinge ist zu hoch, denn sie können nach Beendigung der Lehrzeit nicht untergebracht werden. Vielfach besteht der Brauch, keinen Lehrvertrag abzuschließen. An den Kollegen wird es liegen, diesen Zustand zu ändern. Vom Obmann wurden Vergleiche angestellt, was durch den Bund in den letzten Jahren erreicht wurde. Die Löhne konnten im letzten Jahr gehalten werden. In Tübingen versuchten die Unternehmer die Löhne abzubauen; doch die Organisation war wachsam, so daß es lediglich bei dem Versuch blieb. Bei den Auftragsvergeben kann man die Wahrnehmung machen, daß Angebote gemacht werden, die keine einwandfreie Arbeit gewährleisten. Sinzu kommt ein wahres Anreizsystem. Die Kommission, die im vorigen Jahr mit den Unternehmern und dem Reichsfachgruppenobmann die Baustellen kontrollierte, mußte feststellen, daß die ständigen Aushörungen des Herrn Obermeisters Rank, Stuttgart, über die Faulheit der Württemberger Gipser ins Reich der Märchen verwiesen werden müssen. Die Fachgruppe zählt zur Zeit 182 Mitglieder, das sind sechs mehr gegenüber dem Vorjahr. Jedem Mitglied wurde eine Abschrift der Mitgliederliste ausgehändigt, so daß ein jeder weiß, wer Mitglied des Bundes ist. Die Ausführungen wurden noch ergänzt durch den Bericht des Kollegen Ruff. Anschließend wurde über den Stand der Verhandlungen im Baugewerbe berichtet. — In der Aussprache sprachen die Kollegen Bürker, Hageloch, Märkle und Walker. Mit der Tätigkeit und der Taktik des Bundes ist die Jahresversammlung einverstanden. Ganz besonders wird darauf hingewiesen, daß jetzt alles versucht werden muß, um den Lohnabstimmeln der Unternehmer abzuwehren. Als Fachgruppenobmann wurde Kollege Henne einstimmig wiedergewählt, als Obmann für Tübingen der Kollege Wilhelm Märkle, Lustnau.

Vom Bau

Wittrow. (Baukontrollen.) Im ersten Vierteljahr 1931 hat die Bauarbeiterprüfungskommission 28 Baustellen, darunter 17 Neubauten, 5 Um- oder Durchbauten, eine Tiefbauarbeit und 5 Reparaturstellen kontrolliert. Beschäftigt wurden außerdem 5 Außen- und 6 Innengerüste. Alle waren gut in Ordnung. Verbandskästen waren an 11 Baustellen, einen Ofen hatten 9 Baustellen, einen Abort 8, und 9 Baustellen hatten Aufsenhaltsträume und Materialboden. In allen größeren Baustellen hingen auch die Unfallverhütungsvorschriften an sichtbarer Stelle aus. Die Zahl der Beschäftigten war niedrig.

Von unserm Jungvolk

Löpfer- und Glasjerugendarbeit.
Die Entschädigung und die Ausbildungsmethoden für die Lehrlinge im Löpfer- und Glasjerwerb werden fast ausschließlich in den Lehrverträgen nach den Richtlinien der Innungen und der Handwerkskammern sowie durch Betriebsvereinbarungen geregelt. Wo tarifvertragliche Bestimmungen bestehen, muß meistens noch erst mühsam ihre Anerkennung erzwungen werden. Löpfer- und Glasjerlehrlinge erleben also den Kampf um ihre wirtschaftliche Betreuung und um die Verbesserung ihrer Ausbildung ständig mit. Die Baugewerkschaftsleitung und vor allem auch die Lehrlinge erwarten hierbei vom Jugendleiter eine erfolgreiche Arbeit. Der Jugendleiter muß einen wichtigen Teil der Jugendarbeit — die Verbesserung der Lohn- und Ausbildungsmethoden — gegen den Widerstand des Unternehmers leisten. Die Jugendleiterfähigkeit in solchen Fachgruppen erfordert darum nicht nur einen guten Pädagogen und tüchtigen Fachmann, sondern auch einen geschickten Unterhändler. Den besonderen Aufgaben solcher Jugendleiter sollte die Organisation sowie die Belegschaft bei der Funktionärwahl Rechnung tragen. Bei der Wahl zum Gesellenausschuß der Innung, auch bei der Betriebsratswahl, ist der Jugendleiter mit zu berücksichtigen. Können die wirtschaftlichen und die Ausbildungsverhältnisse der Lehrlinge überwiegend nur mit Hilfe des Gesellenausschusses beeinflusst werden, dann muß es dem sich für das Wohl der Jugendkollegen verantwortlich fühlenden Jugendleiter möglich sein, im Gesellenausschuß der Innung nach den Forderungen des gewerkschaftlichen Jugendprogramms zu wirken. Kann diese Arbeit für die Jugend nur im Betrieb geschehen, so sollte der Jugendleiter im Betriebsrat vertreten sein. Der Betriebsrat hat entsprechend § 78 des Betriebsrätegesetzes (BRG) das Recht und die Pflicht, Beschwerden der Lehrlinge über Ausbildungsmängel und ungerechte Behandlung entgegenzunehmen und für Abhilfe zu sorgen. Die geschliche Betriebsvertretung ist aber auch laut § 78 BRG, die gegebene Vertretung der Belegschaft bei den Versuchen, mangels einer tariflichen Regelung eine Betriebsvereinbarung zu schaffen. Und da sollen dann die Lehrlinge auch nicht vergessen werden. Noch eins gilt es zu beachten: Das entschlossene Eingreifen des Jugendleiters bei der Innung und im Betrieb läßt ihn vielleicht dem Unternehmer unbecom werden. Selbst gute Facharbeiter werden dann — wie die Erfahrung lehrt — zu verdrängen gesucht. Eine Entlassung des Jugendleiters in den Orten mit nur ein oder zwei zuständigen Fachbetrieben zwingt dann den betreffenden Kollegen abzureisen. Damit ist aber stets die mühsam aufgebaute Jugendarbeit im Ort bedroht. Der Jugendleiter benötigt also in vielen Fällen dringend den sozialen Entlassungsschutz des Betriebsrats. Beachtet diese Anregungen für die Jugendleiterfähigkeit in Löpfer- und Glasjerjugendarbeit!

Lest den „ARBEITERFUNK“
Organ des Arbeiter-Radiobundes!

Allgemeine Rundschau

Gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe haben die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes dem Reichsarbeitsminister, dem Vorsitzenden und den Mitgliedern der Sachverständigenkommission für die Reform der Arbeitslosenversicherung eine Eingabe unterbreitet, „um wenigstens für das Baugewerbe eine gesetzliche schematische Verkürzung der Arbeitszeit zu vermeiden“. Es ist selbstverständlich, daß sich die Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit wenden. Ihre Argumente sind immer nur finanzieller und technischer Art. Soziale Gesichtspunkte darf man bei den Unternehmern nicht erwarten, denn Sozialpolitik kostet etwas und könnte dem Profit schaden. Ihre Argumente sind nicht hieb- und stichfest, gilt es doch nach Möglichkeit alles beim alten zu lassen, wenn möglich, noch die Arbeitszeit zu verlängern. Wir kennen all ihre Einwände. Beim Abdruck der Eingabe in der „Deutschen Tiefbauzeitung“ Nr. 13 sind sie in Fettdruck hervorgehoben: „Eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit ist für das Baugewerbe ohne wesentliche Verfeinerung des Bauens nicht durchführbar. Dort, wo die technische Möglichkeit besteht, werden freiwillig zwischen Bauherren und Bauausführenden Vereinbarungen getroffen.“ Aus der Begründung dieser These geht hervor, daß man sich nicht mehr der Notwendigkeit einer weiteren Arbeitszeitverkürzung ganz verschließen kann. Man möchte aber einem generellen Leberstundenverbot und einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit entgegen mit der Zusage, seinen ganzen Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß dort, wo die technische Möglichkeit besteht, freiwillig zwischen Bauherren und Bauausführenden Vereinbarungen zu treffen. Solche Vereinbarungen sind auch schon oft getroffen worden. Man wird sie auch künftig wieder treffen, wenn es im Geldinteresse des Unternehmers und des Bauherrn liegt. Dann würden Mehrschichtenbetrieb und auch Arbeitszeitverkürzung sehr leicht durchzuführen sein. Aber nicht, wenn soziale Gesichtspunkte dies erfordern. Die zweite These der Unternehmereingabe, in der gesagt wird, „daß auf jeder Baustelle stets das Optimum von Arbeitskräften beschäftigt wird, das die technische Einrichtung zuläßt, und daß keine Möglichkeit besteht, die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen oder zu verringern, wenn nicht der wirtschaftliche Erfolg in Frage gestellt werden soll“, ist ebenfalls wesentlich von Geldinteressen, aber keineswegs von sozialen Interessen diktiert. In der Begründung wird gesagt, man muß sich darüber klar sein, daß es im Baugewerbe aus technischen Gründen nicht möglich sei, die Zahl der auf einer Arbeitsstelle Beschäftigten zu vermehren und eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen. — Die Unternehmer verwechseln stets wirtschaftliche Erfolge mit finanziellen Erfolgen. Solange sie nicht zu einer sozialeren Einstellung kommen, wird dies Verwechseln Mode bleiben. Arbeitsfreudigkeit verfeuert das Bauen, sagen sie und rechnen dies schematisch aus. Wir haben zu diesem Einwand kürzlich im „Grundstein“ Stellung genommen. Im übrigen: ihre Argumente sind fast dieselben, die man seit Jahrzehnten allen Bestrebungen nach Verkürzung der Arbeitszeit entgegengesetzt hat. Was die Unternehmer fürchten, zeigt der dritte Teil ihrer Eingabe, wo sie vor gesetzlichen Eingriffen in der Bauwirtschaft warnen. Diese müssen vermieden werden, denn sie verfeuern das Bauen. Billiges Bauen tue aber doch not! Daß die Faktoren zum verbilligten Bauen ganz anderswo als auf der sozialen Seite zu suchen sind, ist schon so oft dargelegt worden, daß wir es uns heute ersparen wollen. Wir werden überall die Forderungen nach einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit vertreten. Sie ist notwendig aus den sozialen Verhältnissen heraus und der technische Fortschritt ist einer ihrer besten Begründer.

Lohnfragen sind Weltanschauungsfragen! Als auf der 70. Hauptversammlung der Handwerkskammer der Pfalz ein Mitglied des Gesellenausschusses die Lohnfrage anschnitt und bezweifelte, daß die privatkapitalistische Wirtschaft die heutige Krise bannen könne, verwies Kammerpräsident Emich und einige andere Mitglieder darauf, „daß in der Handwerkskammer kein Raum für politische Erörterungen und Ausfragung von weltanschaulichen Gegensätzen sei. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sei vielmehr persönlicher Art als in anderen Wirtschaftszweigen. Das starre Tarifwesen und eine übertriebene Sozialpolitik seien nicht zum Besten der Arbeitnehmer im Handwerk ausgeschlagen“. — Diese, auf merkwürdige geistige und politische Verwirrung hindeutenden Ausführungen wurden gemacht nach einem Vortrag, in dem man unter anderem sehr scharf gegen die Bauhüttenbewegung Stellung nahm. Welchen Eindruck muß man übrigens von einem Handwerkskammerpräsidenten gewinnen, dem Lohnfragen Weltanschauungsfragen sind, und der im gleichen Atemzuge, als er politische Erörterungen ausschließen wollte, gegen das „starre Tarifwesen“ und gegen die „übertriebene Sozialpolitik“ Stellung nimmt. — Mit dem Namen Kaiserslautern, wo die Hauptversammlung abgehalten wurde, ist ein großes Stück deutscher Geschichte des Mittelalters verbunden. Der damals herrschende Geist scheint in der Handwerkskammer konserviert worden zu sein.

Submissionselend und Lohnabbau. Bei der Submission für die Staustufe Erlgrund Los I wurden insgesamt 39 Bewerbungen abgegeben. Die Niedrigstfordernden waren Löpe & Co., Würzburg, in Arbeitsgemeinschaft mit der Firma Rudolf Woll mit 800 305 M. Der Höchstfordernde war Habermann mit 1 609 552 M. Die übrigen Bewerber bewegten sich mit ihren Vorschlägen dazwischen. Beachtenswert ist, daß Habermann fast doppelt soviel verlangt wie Löpe und Woll. Und angesichts dieser Submissionsblößen will man der Welt immer noch erzählen, die Löhne spielen bei solchen Arbeiten die ausschlaggebende Rolle!

Das Lincar-Fahrradwerk, das Eigenunternehmen der freien Gewerkschaften, tritt in die neue Saison ein mit der Parole: Preisabbau! Neue Fahrradmodelle sind geschaffen, die allen Ansprüchen Rechnung tragen. Nicht nur die beliebten Ballonräder sind im neuen Katalog enthalten, sondern auch ein Motor-Fahrrad, ausgerüstet mit einem Motor der Firma Fichtel & Sachs, wird angeboten. Die Preise sind wesentlich ermäßigt worden. Daneben stehen die schnell bekannt gewordenen Lincar-Maschinen. Die stark ermäßigten Preise sorgen dafür, daß die modern ausgestatteten Qualitätsmaschinen für jeden

erschwinglich sind. Die bisher nur mit einem Zentralspulen-System ausgestatteten Maschinen sind um ein Schwingstift-Modell ergänzt worden. Der Preis für diese Schwingstift-Maschine ist 157 M. Wir machen erneut auf die besonderen Vorteile der Lindcar-Nähmaschinen mit Zentralspulen aufmerksam: Sie nähren nicht nur vor- und rückwärts, sondern sind auch in einem mechanischen Transporteur-Versenker ausgestattet, der es erlaubt, mit einem einfachen Hebel-Druck die Maschine zum Stecken und Stopfen herzurichten. Die Möbelausstattungen der Versenkermaschinen sind dem modernen Geschmack angepaßt. Unser Eigenwerk ist von seinem Zahlungssystem nicht abgewichen. Der Verkauf von Fahrrädern und Nähmaschinen geschieht an unsere Mitglieder und ihre Frauen gegen kleinste Raten von 2,25 M bis 3,75 M je Woche oder 9 M bis 15 M je Monat. Die Büros und alle Ortsauslässe des A.D.G.B. verfügen über Katalog- und Bestellmaterial und geben Auskünfte. In den Groß-Niederlagen, die sich in allen Teilen des Reichs befinden, und in mehreren hundert Abgabellagen ist der Bezug direkt ab Lager möglich. Andererseits werden Fahrräder und Nähmaschinen den Bestellern direkt zugestellt. Unser Werk hat auch in dem Notjahr 1930 seine Existenzberechtigung bewiesen. Es bleibt mitführend auf dem deutschen Fahrradmarkt. Wir müssen alle dafür sorgen, daß das Lindcar-Werk führend bleibt. Die Gewerkschaften sind die Befürworter des Unternehmens. Wir sind mit ihm verbunden und an seinem Gelingen interessiert. Lindcar-Fahrräder und Nähmaschinen kaufen oder vermitteln heißt darum auch seiner Gewerkschaft freu dienen.

Gedenktafel verstorbenen Mitglieder.

Bunzlau. (Haynau.) **Gustav Rohleder**, Maur., 75 J. Chemnitz. **Josef Löser**, Maurer, 78 Jahre alt. Dresden. (Radebul.) **Ernst Kärger**, Hilfsarb., 56 J. (Reubnitz-Neu-Ostra.) **Ernst Zimmermann**, M., 64 J. Forst. **Paul Kupfer**, Ofenheizer, 49 Jahre alt. Frankenberg/Sa. **Arno Schindler**, Hilfsarb., 49 Jahre. Frankfurt/Od. (Oberhausen.) **Nikol. Winter**, M., 60 J. Gera-Weida. **Fritz Lahne**, Hilfsarbeiter, 31 Jahre. Hamm/Weßf. **Goßlieb Botzian**, Maurer, 29 Jahre. Hof. (Gattendorf.) **Max Höpfer**, Maurer, 26 Jahre. Karlsruhe. (Sandweiler.) **Wendelin Schulz**, T., 44 J. Köstlin. **Julius Schewe**, Maurer, 41 Jahre alt. Landsberg/W. **Gustav Hädrich**, Maurer, 72 Jahre. (Friedeberg.) **Rudolf Weber**, Maurer, 64 Jahre. Leipzig. (Taucha.) **August Peisker**, Hilfsarb., 62 J. München. (Dachau.) **Franz Xaver Huber**, M., 61 J. (Tallkirchen.) **Max Mack**, Hilfsarbeiter, 58 Jahre. (Harlaching.) **Adalbert Melwinger**, Hilfsarb., 34 J. (Sendling.) **Georg Niedbauer**, Hilfsarb., 58 Jahre. (Innere Stadt.) **Johann Wagner**, Maur., 78 Jahre. Nowawes. **Waldemar Heidenreich**, Maur., 66 Jahre. Plauen/Vogtl. **Ernst Trinks**, Hilfsarbeiter, 56 Jahre. Steffin. **Wilhelm Dehl**, Hilfsarbeiter, 58 Jahre alt. **Franz Lehmann**, Hilfsarbeiter, 54 Jahre alt. Tilsit. **Albert Lorenzschat**, Hilfsarbeiter, 41 Jahre. Weisenberg. (Ratsbütt.) **C. Glauder**, M.-Lehrig, 17 J. Ehre ihrem Andenken!

Baugewerkschaft Hannover.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen Kassierer, der mit den Kassengeschäften vollständig vertraut sein und 10 Jahre beim Baugewerksbund oder einem seiner Vorgänger angehört haben muß. Nebenamtliche Beschäftigung erwünscht, aber nicht unbedingt erforderlich. Bewerbungen sind in doppelter Ausfertigung bis zum 15. April an **Karl Voigt, Hannover, Kilonstraße 7**, zu senden; sie müssen die Aufschrift „Bewerbung“ tragen. Dem Bewerbungsschreiben ist ein selbstgeschriebener Lebenslauf und eine kurze Abhandlung über die Aufgaben eines Kassierers beizufügen.

Bücher u. Schriften

Eine besondere Auszeichnung. Die Journ der Deutschen Buchhändler-Vereinigung, die alljährlich zum Tag des Buches unter der Leitung des deutschen Buchproduzenten des vergangenen Jahres die 50 bestausgestatteten Verleger auswählt, hat in diesem Jahre wieder zwei Werte der Bielefelder Verlagsanstalt unter die Preisrichter auf. Damit ist erneut bestätigt worden, daß diese Gemeinschaft wertvoller Bücher, die ihr literarisches Programm fortgesetzt ausbaut, auf dem Gebiet neuzeitlicher Buchkunst Vorbildliches leistet.

Wardels Dauernde Gesellschaft. Band „Sozialversicherung“. Von Friedrich Klees, Erstaussgabe Folge 9 und 10. Verlag Friedrich W. Barthel, Leipzig C 1, Königsstr. 20b. Preis mit dem vollständigen Werk 15 M. — Die Erstaussgaben enthalten hauptsächlich die durch die Notverordnung nötig gewordenen Veränderungen.

Indien, das Brahmanentum im Frühlicht. Mit vielen Bildern, in Leinen 3.—M. Bühring-Gilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreißendstraße 5. — Ein neues Indienbuch. Raum ein anderes Ereignis steht so im Interesse der Welt, wie die revolutionäre Bewegung, die seit dem Weltkrieg durch Indien geht. Der im Lande der Brahmanen eingetragene Kapitalismus hat in Indien das Banner der nationalen Einheit aufgepflanzt. Religionen, Kastenunterschiede, Kasten und Einzelheiten alle werden in den Schmelztiegel der indischen Freiheitsbewegung geworfen. Neben dem Blick auf die indische Freiheitbewegung werden aus dem Boden, am heißen Ganges zwischen Kalkutta und Bombay, und in das Märchenland europäischer Vorstellungen von Indien tritt der ausgebeutete und rebellische indische Proletariat. Von diesem Indien erfahren wir durch dies neue Buch der Bühring-Gilde Gutenberg. Der Verfasser ist Fr. J. Kurtwängler, der Indien aus eigener Anschauung kennenlernte, als er sich einer englischen Arbeiterdelegation nach Indien anschloß.

Schmachhafte Rohkost und andere vitaminhaltige Nahrung. von Geh. Med.-Rat Dr. med. Karl Richter. Bruno Wilkens Verlag in Hannover, Schützenstr. 6. Preis 2.—M. — Ein Grundriß „Antinarkotischer Medizin“. Eigentümlich ist allen Rezepten Richters die große Sorgfalt hinsichtlich der Gewichtsangaben, die in einer besonderen Reihenfolge ganz ausführlich behandelt werden.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Gestohlenen Mitgliedsbuch. **Walter Pomick**, Hilfsarbeiter, geboren 15. März 1909 in Delsburg, Mitglied seit 20. April 1928, Buchn. 581 249.

Baugewerkschaft Hamburg.
Das Verzeichniss der Schornstein- und Feuerungsmaurer befindet sich Hofstraße 25. Unsere Bezirksversammlungen werden jeden 2. Sonntag im Monat abgehalten.

Baugewerkschaft Peine.
In der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 1931 wird kein Lokal-gesamt veranstaltet.

Ristieren Sie 3 Mark

Ich liefere Ihnen dafür:

- 1/8 Pfd. Landmannstabak M. 0,29
- 1/8 „ „ „ „ „ 0,39
- 1/8 „ „ „ „ „ 0,49
- 1/8 „ „ „ „ „ 0,60
- 1/8 „ „ „ „ „ 0,68
- 1 Sortiment H (53 Zigarren) „ 0,55
- 1 reichillust. Hauptkatalog
- 1 hübsch. Weltkr.-Kalender

Alles zuf. porto- und verpackungsfrei nur M. 3.—
Wenn Sie diese Annonce ausschneiden und heute abenden, haben Sie in 3 Tagen das Paket und können sich selbst überzeugen, wie groß die Geldersparnis und der Vorteil ist, sich seinen Rauchtobak direkt aus der

Rauchtabakfabrik „Weltruf“
E. Köller, Bruchsal No. 184 zu bestellen.

Ischias-, Gicht- und Rheumatis-muskranke

teile ich gern kostenfrei mit, wie ich vor 5 Jahren von meinem schweren Ischias- u. Rheumaleiden in ganz kurzer Zeit befreit wurde.

Jean Stieling, Rantingpächter, Frankfurt a. d. Od. 280, Jüdenstr. 6

Das neue „Buch des Siedlers u. Eigenheimfreundes“

enthält 57 Ansichten, Bauzeichnungen, Kostenaufgaben für Ein- u. Mehrfamilienhäuser u. zeigt den Weg, wie sich jed. durch Heranziehung öffentlicher u. gemeinwirtschaftlicher Mittel ein eigenes Haus von 1000.— Mk. Eigenkapital an auf je 10000.— Mk. Bauwert erbauen lassen kann. Nachnahme 3,60 Mk. und Porto.

Verlagsbuchhandlung J. Berger & Co., K.G., Halle a. S. 51

Fordern Sie überall Original M. Mosberg

Die beste Kleidung f. Bauhandwerker Die unerreichten Werkzeuge. Die alibewährten echten Islander. Stets genau auf Firma und Schutzmarke achten. Preisabbau. Direkter Versand nur ab Bielefeld. Preislisten gratis.

Firma M. Mosberg, Bielefeld, Jüllenbecker Straße 55

Hoher Verdienst

entgeht Ihnen, wenn Sie diese Anzeige unbeachtet lassen. Der „Heimstricker“ bringt Ihnen garantiert gut Verdienst. Bei nur 200 Mk. Betriebskapital richtig. Arbeiten auch Sie zu Hause, wie viele andere. Verlangen Sie in Ihrem Interesse Prospekt 94 von **Gustav Nissen & Co., Dresden-N 6, Kasernenstraße 94**

Das Bundes-Mitgliedsbuch gehört in die Buchtasche

Zu haben bei den Baugewerkschaftsvorständen (F)

Wilhelm Pahr Jetzt: **Berlin, Brunnenstr. 78.**

Frühjahrskuren mit gittfreien Pflanzenheilsäften

haben bei allen Krankheiten große Erfolge!

Nur wenige Menschen sind ganz gesund, fast alle tragen die Veranlagung zu Krankheiten in sich und fallen diesen meistens im Frühjahr zum Opfer. Rechtzeitige Vorbeugung ist das einzige, was man dagegen tun kann. Jetzt ist die günstigste Zeit, sich im Kampf gegen die winterlichen Gesundheitsgefährdungen durch eine Kur mit gittfreien Heilpflanzenäften zu kräftigen. Reinigung des in alle Körperstellen dringenden Blutes, u. a. nach Operationen und Medikamentenvergiftungen, Befestigung aller Fremdstoffe durch gründliches Blut-, Darm- und Nierenreinigung und Anregung aller Ausscheidungsorgane, Zerstörung schlummernder Krankheitskeime und damit Vorbeugung gegen Nervenleiden, Hämorrhoiden, Arterienverfälschung, Grippe usw. Stärkung der Körper- und Geisteskräfte, wohlthätiger Einfluss auf alle Organe, Besserung des Aussehens, Aufhellung des Gemüts, Steigerung der Arbeitslust und Arbeitskraft — kurz eine Art Verjüngung sind die natürlichen Folgen!

Bei chronischen Krankheiten, z. B. des Herzens, des Nervensystems, der Atmungsorgane, bei Gicht, Rheuma, Abnormverfälschung, Zuckerkrankheit, Darm- und Magen-, Blasen- und Nierenkrankheiten, bei Schwächezuständen bietet sich die beste Gelegenheit, durch das uralt, jetzt wissenschaftlich angewendete Pflanzenheilsäfteverfahren die Gesundheit wiederherzustellen oder in fortgeschrittenen Fällen wenigstens Linderung zu erzielen. Keine Verursachungen!

Wir stellen aus frischen Heilpflanzen getestete, gemischte Kräuteräfte gegen nebenstehende Krankheiten her. Unsere Kräuteräfte enthalten alle Vitamine, Nährsalze und sonstigen Heilstoffe der frischen Pflanzen in unveränderter Form und sind deshalb hochwirksam. Bitte probieren Sie dieselben. Sie werden zufrieden sein. Angabe der Nummer genügt. Flasche 3 M., ab 3 Flaschen franko.

Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg 306 (Bad.)

Bitte verlangen Sie unsere lehrreiche Broschüre: „Die Heilkräfte der Kräuter“ mit vielen Dankschreiben und ärztlichen Erfolgsberichten über unsere gittfreien Herbaria-Kräuter- und Heilmittel (Kräuter-See, Pulver, Salben, Kapseln und -äfte) kostenlos! — Anordnungsfrist (bei hohem Blutdruck, Arterienverfälschung, zur Darmreinigung) und bei Blinnern) Flasche nur 2 M. und Porto, 6 Flaschen 12 M. franko.

Nr.	Anzuwenden bei:
4	Arterienverfälschung, hohem Blutdruck, Schlaganfällen,
6	Bronchial-Asthma, u. Atembeschwerden, Verschleim,
11	Bettlägen, Blasenleiden,
12	Blasen- und Nierenleiden,
14	Blutschwund und Blutarmut,
19	Blut- u. Stoffwechsellan-gehen, unregelm. Blut-, Darm-, Genußausfällen,
23	Brenn- u. Augenentzündungen, Husten, Verschleimung,
26	Darmverstopfung, Sarkel-krankheit und zur Darm-reinigung,
29	Diabetes (Zuckerkrankheit),
31	Fettleber, Kopfschmerzen,
34	Grippe u. Kampfaufwand,
36	Hedsten und Hautleiden,
40	Gallen-, Grief- und Stein-leiden,
44	Sarkofäuleiden, Gicht, Se-chias, Rheuma, Gelenk-anschwellung,
49	Hämorrhoidalleiden,
52	Herzschwäche, Herzleiden,
60	Kopfschmerzen, Migräne,
64	Kropf- und Wollleiden,
65	Leber- und Gallenleiden,
66	Lungen-Tuberkulose (Kalt- und Heißleberkrankheit),
68	Wagenleiden, Magenleiden und allen daraus herüh-rennden Magen- und Ver-dauungsleiden,
70	Magen- u. Darmgeschwären,
80	Nervenleiden, Nervenleiden,
82	Sexual-Nervenleiden (Impotenz),
94	Blutschwund, Nierenleiden,
98	Band-, Spul-, Madenwurm.

Schmale Teakholz Wassernagen

Das Beste! Garantie für Genauigkeit! Die nützliche Glasier in Metall gefasst mit grünfarbiger Libelle zum Schutz für die Sonne und bessere Ver- LÄNGE: 50 60 70 80 90 100 cm bei 55 mm Breite. Versandfertig im Dombau. PREIS: 2,25 2,50 3,00 3,50 4,00 4,50 M. Verpackung frei. Schmale Werkzeuge für alle Bauhandwerker-Kataloge kostenlos.

M. HIESINGER - WERKZEUGFABRIK - NURNBERG

Billige böhm. Bettfedern

nur reine, gutfüllend. Sorten Ein Kilo: graue geschliss. 2,50 Mk., halbweiße 3.- Mk., weiße 4.- Mk., bessere 5.- Mk., 6.- Mk., daunenweiche 7.- u. 8.- Mk., beste Sorte 10.- u. 12.- Mk., weiße ungeschlissene Ruffedern 6,50 u. 7,50 Mk., beste Sorte 9,50 Mk. Versand franco zollfrei, gegen Nachn. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 9, bei Pilsen (Böhm).

Radikaler Preisabbau

Anders werden wir besetzen durch unseren neuen Katalog, unentgeltlich. Sie sind herzlich eingeladen. Kassel 388

In 3 Tagen Nichtraucher

Auskunft kostenlos! **Sanitas-Depot**, Halle a. d. S. 86 W.

Louis Mosberg Bielefeld 2

Berufskleidung Werkzeuge — Preisliste gratis —

Reellste Bezugsquelle!

Neue Gänsefedern

von der Gans gerupft mit Daunen, dopp. gereinigt, allerbeste Qualität Pfd. 3.—, nur kleine Federn (Halbdaun.) 4,50, Daunen 6,25, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3,50 u. 4,75, hochpr. 5,75, allert. Nichtgefall. nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Mauteuffel**, Gänse-mästerei, gegr. 1852, Neutrebbin 5 b (Oderber.) Ältestes u. größtes Bettfedern-versandgeschäft des Oderbuches.

Josef Witt, Weiden 54 Ober-pfalz.

Größtes Baumwollwebwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken.

gibt wie folgt ab:

Nr. 1	Weißes Hemdentuch schwere, gute, sehr haltbare Sorte, für starke Wäschestücke, 80 cm breit, per Meter	-.28	Nr. 5	Stuhltuch auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierb. Betttücher, 150 cm br., p. Mir.	1.15
2	Vorhangstoff sog. Gardinen, mit echt indanthrenfarbigen Streifenmustern 70 cm breit, per Meter	-.19	6	Handtücher strapazierbare, haltbare Qualität, weil nicht vollkommen gleichmäßig. Verkauf nach Gewicht per Pfund	1.25
3	Hemdenflanell etwas leichte Gebrauchsware, indanthrenfarbig gestreift 70 cm breit, per Meter	-.23	7	Strickwolle garantiert reine Wolle, solide, strapazierbare Qualität, lieferbar in schwarz per Pfund	1.95
4	Hemdenflanell fast unzerreißbare, kräftige strapazierbare Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift, 74 cm breit, per Meter	-.39			

Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 10 Pfund. — Versand von Mk. 10.— an; ab Mk. 20.— portofrei. Nichtentsprechendes wird auf meine Kosten zurückgenommen und der volle ausgelegte Betrag zurückbezahlt.